Wildcat 60

Beilage:

Riots von Rechts?

– Strategie der Spannung –

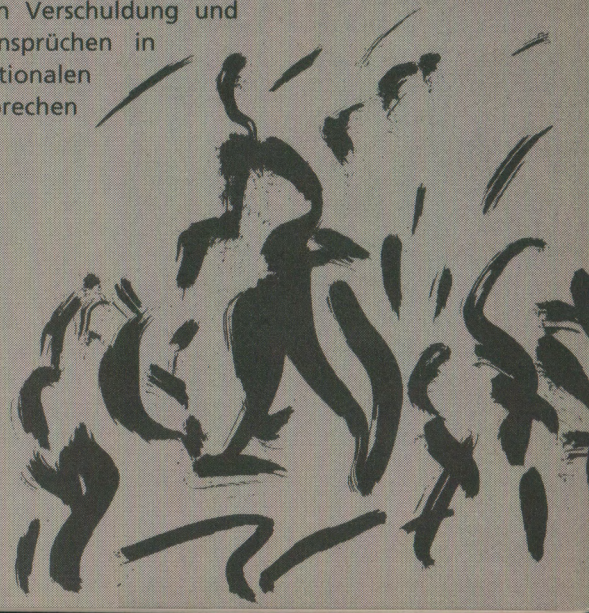
Gedanken, Berichte und Interviews zu den Angriffen auf AusländerInnen im Westen und Osten Deutschlands haben wir in dieser Beilage zur Wildcat zusammengestellt. Wir haben versucht, genaueres über die Abläufe der Angriffe, ihre Träger und die Rolle des Staates herauszubekommen. Die Texte werfen Fragen auf, die in dem antifaschistisch-antirassistischen Konsens, der sich heute unter Demokraten und Autonomen breitmacht, meistens wegfallen. Wir sind uns des Mangels bewußt, daß die Flüchtlinge hier kaum selber zu Wort kommen - aber das gilt auch für die ArbeiterInnen und Jugendlichen, die meist nur als Objekte auftauchen. Die Texte können nur Bruchstücke und Ansatzpunkte zu einer Diskussion sein.

An den Ereignissen in Mannheim-Schönau hat sich eine Diskussion entwickelt, die sich teilweise an dem Flugblatt »Rebellion ist gerechtfertigt - Aber so nicht!« entzündete. In Ludwigshafen entstand aus dieser Diskussion das Papier »Schönau: Rassismus - Antirassismus - Klassenkampf«, an dem auch GenossInnen von Wildcat mitgearbeitet haben. Wir drucken es in einer leicht überarbeiteten Fassung ab. Der Text wendet sich gegen die üblichen antirassistischen »Gut-Böse«-Klischees und versucht, die sozialen Hintergründe zu begreifen. Aber die Schlußfolgerungen bleiben unbefriedigend. Der Begriff »Mob« - auch wenn er in Anführungszeichen steht - kann nur Lückenbüßer sein: meint er ein bestimmtes Verhalten, eine soziale Kategorie, einen bestimmten Teil der Klasse, oder ist er nur die Flucht vor dem häßlichen Gesicht der Arbeiterklasse? Auf der anderen Seite wird an die Einheit der Arbeiterklasse appelliert, was genauso moralisch bleibt, wie der bürgerliche Appell an die Menschenfreundlichkeit. Der ewige Aufruf zur Klasseneinheit verstellt nur den Blick auf die wirklichen Spaltungen. Und diese sind nicht der Grund für die Schwäche der Klasse, sondern ihre Folge. Weil die ArbeiterInnen sich in ihren Kämpfen als Klasse nicht durchsetzen können, lassen sie sich spalten, führen sie ihre »Kämpfe« gegeneinander. So endet das Papier mit sozialarbeiterischen Gewissensbissen, statt zu fragen, wo die antirassistische Bewegung soziale Ausgangspunkte für gemeinsame Kämpfe mit ImmigrantInnen hat und welche politischen Ziele sich in diesen Kämpfen entwickeln können.

Leute aus dem »Antirassistischen Zentrum Berlin« haben aus den Erfahrungen der mehrmonatigen TU-Besetzung die Schlußfolgerung gezogen: die Frage der sozialen Organisierung und auch unserer sozialen Organisierung ist zentral - wird aber in den bisherigen »autonomen« Politikformen dem Primat der Politik geopfert.

Flugblätter wie das aus Lüneburg stoßen auf die Kritik all der Linken, die schon längst ihren Eid auf Verfassung, Arbeit und Marktwirtschaft geschworen haben - und die reibungslose Integration der Flüchtlinge in diese Gesellschaft des Arbeitszwangs als höchstes Glück betrachten. So wie die Gewerkschaften die explosive Stimmung im Osten kanalisieren, indem sie alle Ansprüche und Erwartungen als Wunsch nach Ausbeutung auf Westniveau interpretieren.

Angesichts der - gesteuerten - Welle von Übergriffen, flüchten sich immer mehr Linke in den Konsens der Demokraten, statt nach der Subversivität von Verhaltensweisen zu suchen, vor denen sich der Staat fürchten muß. Der kurze Blick nach Italien, auf die »Strategie der Spannung« und die »Notstandspolitik«, schweift nicht in die Ferne. Wer sich vom Medienzauber nicht völlig vernebeln läßt, ahnt, wie weit eine »Strategie der Spannung« auch in Deutschland gediehen ist. Unter dem Motto »Grundgesetzänderung« will das Regime neben der Einschränkung des Asyls auch die Option auf Krieg gewinnen - es spielt bereits mit dem Notstand, der die Blockierung zwischen Verschuldung und explosiven Ansprüchen in einer multinationalen Klasse durchbrechen soll.



Dieses Heft ist eine Beilage zur Wildcat Nr. 60 vom Oktober 1992.
Die Zeitschrift Wildcat ist zu beziehen über:
SISINA, Pf. 360 527, 1000 Berlin 36. Tel.: 030-6121848

Die fremdenfeindlichen Aktionen in Mannheim-Schönau vom Juni sind inzwischen von den Rostocker Randalen in den Schatten gestellt worden. Aber sie waren in vielerlei Hinsicht etwas Neues: Schönau zeigte, daß »sowas« auch im Westen der BRD möglich ist und strafte damit alle Schreiberlinge Lügen, die nach Hoyerswerda Fremdenfeindlichkeit in diesem Ausmaß als »Problem der Ostdeutschen, die noch nicht reif für die Demokratie« seien darstellten. Ebenso diejenigen Linken, denen nach Hoyerswerda nichts besseres einfiel als »die Mauer muß wieder her« zu rufen.

Ein zweiter Aspekt, der die Schönauer Vorfälle von allem bisher Dagewesenen unterschied, war die Massenhaftigkeit und Militanz, mit der die Leute gegen die AsylbewerberInnen vorgingen. Sicher: Unterschriftenlisten gegen Lager kursieren inzwischen überall. Anschläge von kleinen Gruppen rechter Jugendlicher gab es auch massenhaft. Schönau war aber demgegenüber eine neue Stufe.

Und: wenngleich es auf der Schönau sicherlich Nazis gibt und vielleicht auch der ein oder andere dort aktiv ist – im wesentlichen waren die fremdenfeindlichen Aktionen nicht das Ergebnis gezielter Intervention der Faschos, sondern die spontane Aktion eines Teils der BewohnerInnen des Stadtteils. Im Moment allerdings versucht die NPD auf der Schönau aktiv zu werden. Am 11.9. hatten sie eine Demonstration vor dem Lager angemeldet. Diese wurde verboten. Die Bullen hatten 20 Wannen im Lager, patrouillierten mit Pferden die Straße auf und ab und hatten wie in den Wochen im Juni an den Einfallstraßen zum Stadtteil Kontrollen aufgebaut. Es passierte nichts.

Innerhalb der regionalen linken Szene hat sich eine heftige Auseinandersetzung um die Einschätzung der Schönauer Ereignisse und deren praktische Konsequenzen entwickelt. In diesem Zusammenhang haben wir – Leute aus Mannheim/Ludwigshafen – Anfang Juni ein Diskussionspapier geschrieben. Dieses Papier haben wir überarbeitet, d.h. gekürzt, aktualisiert und insoweit umformuliert, daß es auch Leuten in anderen Städten verständlich ist.

»SCHÖNAU«

Rassismus — Antirassismus

überarbeitete Fassung

Im Februar '92 wurde in der leerstehenden Gendarmeriekaserne auf der Schönau ein Sammellager für ca. 250 Asylsuchende eingerichtet.

Ab dem 26. Mai kursiert in Schönau das Gerücht der Vergewaltigung einer 16jährigen Deutschen durch einen schwarzen Asylbewerber. Es kommt zu ersten kleineren Ansammlungen vor dem Lager.

Am 28. Mai kommt es auf einem Vatertagsfest in Schönau zu einer Massenschlägerei unter den Festbesuchern. Die Bullen beenden das Fest. Ca. 500 Leute ziehen daraufhin direkt vom Fest vor das Lager. Fremdenfeindliche Sprüche und Flaschenwürfe; die Bullen verhindern, daß das Lager gestürmt wird. Der Bürgermeister und eine Stadträtin versuchen vergeblich, die Menge zu beschwichtigen.

Am Tag drauf findet die erste Solidaritätsdemonstration mit den ImmigrantInnen vor dem Lager statt.

In den folgenden beiden Wochen versammelt sich jeden Abend eine fremdenfeindliche Menge in der Straße zum Lager, allerdings nicht mehr so zahlreich wie am Vatertag. Die regionale linke Szene und v.a. Leute aus der Frankfurter Antifa sind ebenso präsent, organisieren Wachen und einige kleinere Demos. Zwischen der fremdenfeindlichen Menge und den Linken stehen die Bullen als Puffer. An einigen Tagen wird die Straße vor dem Lager vollständig gesperrt.

Am 6. Juni sollte die erste größere Solidaritätsdemo auf der Schönau stattfinden. Sie wird verboten. Als ca. 300 Leute versuchen, in der Innenstadt zu demonstrieren, lösen die Bullen die Demo sehr brutal auf; 20 Verletzte und 140 Verhaftungen.

Für den 13. Juni wird erneut versucht, in Schönau eine überregionale Demonstration zu machen. An diesem Tag herrscht Ausnahmezustand in Mannheim. Sämtliche Zufahrtsstraßen werden von den Bullen abgeriegelt und einige hundert Leute schon auf dem Weg nach Mannheim abgefangen und angehalten. Trotzdem findet eine Demonstration in der Innenstadt mit ca. 2500 Menschen statt.

Mit dieser Demonstration am 13.6. war für viele die »Affäre Schönau« gegessen. Aber es bleibt ein zwiespältiges Gefühl: eine gewisse Erleichterung darüber, daß die Demo wider Erwarten nicht zusammengeknüppelt wurde und der »Schönauer Mob« momentan (!) Ruhe gibt, zumindest nicht mehr in großer Zahl vor dem Asyllager aufläuft. Diese Erleichterung hat allerdings noch eine andere Wurzel: viele waren unzufrieden mit den Aktionen (mit ihrer politischen Ausrichtung und ihrem praktischen Verlauf), nicht zu übersehen war eine gewisse politische und praktische Hilflosigkeit gegenüber dem »Schönauer Mob«, gegenüber den Bullen, gegenüber der staatlichen Propaganda. Unter dem Druck der

Ereignisse waren wir und viele andere, die sich mit Bauchschmerzen beteiligten, eingeklemmt zwischen den verschiedenen Strömungen des Antirassismus/Antifaschismus der Linken: zwischen dem Konzept der »Strafexpedition« (»Zerschlagt den deutschen Mob«), zwischen einer Flüchtlingspolitik, die sich nur aus einer moralischen Parteinahme für die Schwächeren speist und in der Konsequenz in die alternative Sozialarbeit mündet, und zwischen einem Antirassismus, dessen praktisches Ziel die reibungslose Integration »der ausländischen MitbürgerInnen« in die kapitalistische Gesellschaft ist, an der er offensichtlich keinerlei grundlegende Kritik hat.

– Klassenkampf

Auf viele Leute, die handeln wollten, wirkte das taktierende Hickhack der verschiedenen Gruppen und Organisationen auf den Versammlungen abstoßend. In der Zerfahrenheit der meisten Aktionen und Demos konnte man/frau sich nur schwer zurechtfinden, verstärkt dadurch, daß die konkreten Entscheidungen von einigen wenigen hinter den Kulissen und für viele nicht nachvollziehbar stattfanden.

Es wäre aber zu kurz gegriffen, die verschiedenen Bewegungen und Aktionen der letzten Wochen auf die Ideologie der Flugblätter und der Redebeiträge und auf die Entscheidungen der WortführerInnen zu reduzieren. Wir denken, daß die subjektiven Beweggründe der vieler Menschen, die sich an den Demos beteiligt haben, verschieden sind von dem, was letztlich der öffentliche Ausdruck ist. Diese Beweggründe sind oftmals politischer und beinhalten ein höheres Maß der Kritik am Bestehenden als das, was sich in den stereotypen Anti-Ismen äußert.

Ein paar Beispiele sollen das verdeutlichen:

– die alte Frau, die sich lautstark mit AsylbewerberInnen, die in der Mannheimer Innenstadt einen Protesthungerstreik machten, solidarisierte, ist nicht einfach »gegen Rassismus«. Sie arbeitet in einer Schnellfresse; als sie sich den Arm gebrochen hat, stellten sich ausländische KollegInnen auf ihre Seite gegen den Druck der Geschäftsleitung und einiger deutscher KollegInnen. Ihre Solidarität speist sich explizit aus einer Erfahrung des Konflikts mit der alltäglichen Ausbeutung.

– der Punk, der die Nazis bekämpfen will, verteidigt seine Verweigerung der kapitalistischen Normen, seine Kritik an der Verlogenheit dieser Gesellschaft, eine Lebensweise, die von den Nazis ebenso angegriffen wird wie die AsylbewerberInnen. Solidarität ist für ihn keine moralische Frage.

– die Schülerin, die die Schnauze schon voll hat, bevor der sogenannte Ernst des Lebens beginnt, und die begreift, daß derselbe Staat, der die Flüchtlinge in die Lager sperrt, sie selbst letztendlich hinter die materiellen und immateriellen Mauern um den »Ernst des Lebens« herum sperren will.

– ein großer Teil der Demo am 13.6. basierte auf einer spontanen Mobilisierung. Nach dem Gemetzel am Samstag vorher gehörte einiges an Mut dazu, auf die Straße zu gehen. Woher kamen urplötzlich die vielen Leute? Es waren sehr viele Menschen, die nicht zu den traditionellen Scenes der Linken, der Antifa und den Antirassismus-Zirkeln gehören. Die meisten dieser Menschen werden sich nicht am Punkt Antirassismus organisieren. Nicht weil sie unpolitisch sind, sondern weil sich der Antirassismus/Antifaschismus allenfalls auf einen Bruchteil ihrer Realität, ihrer Konflikte in der Maloche, in ihren Beziehungen, in der Familie, in ihrer Clique bezieht, wenn überhaupt. Daß sie auf die Straße gehen und demonstrieren – viele von ihnen das erste Mal – kommt aus einer umfassenderen Unzufriedenheit mit den Verhältnissen als nur aus der Wahrnehmung der Ereignisse auf der Schönau. Diese waren nur das auslösende Moment.

Nachdem sich der Demo soviele Menschen aus den Stadtteilen entlang der Demoroute angeschlossen hatten, versuchten einige linke türkische Gruppen in diese Stimmung zu intervenieren und den Erfolg zu wiederholen. Sie organisierten einen Hungerstreik in der Innenstadt, an dem acht ImmigrantInnen teilnahmen. Eine anschließende Demo durch einen Stadtteil, in dem sehr viele ImmigrantInnen leben, blieb aber beschränkt auf die linke Scene. Die spontane Solidarisierung hunderter wie bei der Demo am 13. Juni blieb aus.

Wir denken, daß es sehr wichtig für ein zukünftiges Vorgehen ist, unsere Aktionen ohne Schönfärberei zu kritisieren.

So stimmen wir nicht mit »den Frankfurtern« überein, die auf einem Redebeitrag behaupteten, »wir haben die Pressesperre durchbrochen«. Vielmehr war es so, daß »unsere« Aktionen von der bürgerlichen Presse weitgehend in eine reaktionäre Propaganda eingebunden wurden, deren Kern etwa so aussah: Asyllager – Chaoten – Gewalt – Polizei – Ruhe. Die Taktik der Verantwortlichen, mit der Hetze gegen die »Chaoten, Gewalttäter und Politrocker« vom eigentlichen Konflikt auf der Schönau abzulenken, hat weitgehend funktioniert.

Zweitens müssen wir uns eingestehen, daß zumindest in der unmittelbaren Situation nicht »wir« der Schutz für die AsylbewerberInnen waren, sondern die Bullen. Der »Schutz« war also eine – wenn auch wertvolle und solidarische – trotzdem weitgehend symbolische Geste. Ganz konkret ist es jetzt für jede/n einzelne/n AsylbewerberIn im Alltag hundertmal gefährlicher als in den meisten Situationen der letzten Wochen. Es ist nicht auszuschließen, daß »das nächste Mal« die Bullen und der Staat eine andere politische Linie fahren und eben nicht da sind. In dieser Situation ist es nötig, dem »Mob« die Herrschaft über die Straße zu entziehen. Dazu ist es wichtig, den »Mob« sehr genau einschätzen zu können.

Drittens ist es so, daß das anfängliche Ziel der Demo, die »Vertreibung des Mobs von den Straßen« nicht erreicht wurde. (Was zudem ein recht widersprüchliches Ziel ist, denn wie will man die BewohnerInnen eines Stadtteils dauerhaft vertreiben? Bzw. wer will das überhaupt?)

Viertens war die Demo am 13.6. eher geduldet als durchgesetzt. Was wir erlebt haben, war die klassische Mischung von Peitsche und Zuckerbrot, vermittelt über einen Prozeß der Deeskalation: den starken Staat wie er knüppelt, und den starken Staat in seiner souveränen und toleranten Pose. In dieser Abfolge eigentlich nichts Neues und wenig überraschend. Überraschend war eher die Dimension des Einsatzes, und wir denken, daß dabei präventive Überlegungen eine Rolle spielen, die sich nicht auf die 2000 Demonstranten, sondern auf eine auch für die Herrschenden zunehmend unkalkulierbares Verhalten der Bevölkerung beziehen. Der Polizeieinsatz – das Abriegeln einer ganzen Stadt – war auch eine Notstandsübung.

Auf vielen Flugblättern stand »Hoyerswerda in Schönau« – teilweise zurecht mit Fragezeichen versehen.

Aber wir würden uns mit so einer Gleichsetzung in die Tasche lügen. Der

Staat, die Bullen, der Bürgermeister, die Parteien waren von Anfang an darauf aus, die Randale vor dem Lager zu unterdrücken, zu befrieden und totzuschweigen. Sie wollten gerade keine Nachahmungseffekte. Die Bulleneinsätze gegen den Mob waren relativ hart, und wir dürfen da in der Beurteilung nicht unsere Maßstäbe und Erfahrungen oder die des Vorgehens der Bullen gegen organisierte Faschisten oder Skins anlegen. Anfangs haben die Bullen mit einem flächigen Einsatz teilweise sehr undifferenziert (Frauen mit Kindern, Alte..) zugeschlagen, was sie später bereut haben.

»Schönau« kam ihnen offensichtlich – momentan – ungelegen. – Obwohl jedem, natürlich auch dem OB, mit der Einrichtung des Lagers auf der Schönau klar war, daß es dort krachen wird.

Es gibt eine bestimmte Masche insbesondere der Sozialdemokratie, der Grünen und der Pfaffen, die etwa so aussieht: Schönau ist ein »sozialer Brennpunkt«, es gibt eine Menge »Probleme« und in Schönau funktioniert nicht alles so, wie »es« sollte. Schönau sei ein »vernachlässigter Stadtteil« mit einer »komplizierten Sozialstruktur«. Aus dieser Sichtweise resultiert dann: »Man muß auch Verständnis mit den Schönauern haben, ihre Sorgen, Probleme und Ängste ernst nehmen«. Eine gewisse Toleranz gegenüber den Angriffen auf die AsylbewerberInnen. Eine linkere Variante davon ist, die SchönauerInnen als »Opfer der Krise des Kapitalismus« zu sehen, als Objekte einer Entwicklung, als Marionetten der reaktionären Propaganda. Die ganze Sichtweise der Sozialdemokraten und ihrer linken Anhängsel begreift »Schönau« als Problem der Sozialpolitik, als technisches Problem der kommunalen Bevölkerungspolitik. Sie sehen »Schönau« als Ausrutscher, als Lücke, die es schnellstmöglich auszufüllen gilt. Womit?

Zuerst kommt die Staatsgewalt in Form der Bullen – nicht übertrieben hart, aber allemal geeignet einzuschüchtern. Dann kommen die Sozialtechniker, die SozialarbeiterInnen, die Manager des Elends. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Umstellung einer Schule auf Ganztagsunterricht. Dann wird (falls noch Kohle übrig ist), die Stadtteilkultur aufgepeppt, kriegen irgendwelche fetten Vereinsvorsitzenden mal ein paar Tausender rübergeschoben, wird vielleicht endlich die Pergola der wunderschönen Kindertagesstätte repariert, kriegt das Jugendzentrum seinen zweiten Sozialarbeiter, kriegen die Fixer entweder mehr Druck oder billigeres Heroin. Für den Fall, daß die Kohle »nicht da ist«, eben die billige Lösung: Bullenpräsenz – und vielleicht ist der Schutz der AsylbewerberInnen nicht mehr als ein Vorwand. (Dazu paßt, daß Anfang September einige Lokalpolitiker öffentlich die Einrichtung einer neuen Bullenwache forderten, um gegen die Junkies vorzugehen.)

Ein erster Schritt der Kontrolle war schon die »sozialverträgliche Belegung« des Lagers.

Die ganze staatlich-sozialdemokratische Sichtweise steckt voller Widersprüche. Tatsächlich ist »Schönau« – trotz einem riesigen sozialdemokratischen Wählerpotential von ca. 50% – Ausdruck des Scheiterns der SPD – eines schwitzenden SPD-Oberbürgermeisters Widder im »Mob«, und es wäre unsererseits völlig daneben,

dieses dadurch entstandene Vakuum jetzt ausfüllen zu wollen, die Forderung an den Staat zu richten, praktisch wieder gutmachen zu wollen, was die SPD nicht mehr hingekriegt hat, die konsequenten Sozialdemokraten im linken Gewand zu spielen.

Wir lehnen es ab, einen proletarischen Stadtteil zum Objekt staatlicher Befriedungspolitik zu machen, mehr Bullenpräsenz zu fordern und ähnliche Vorstellungen einer vermeintlichen »Bekämpfung des Rassismus«.

Genauso wie die sozialdemokratisch-sozialtechnische Linie lehnen wir allerdings auch Analysen ab, die sich mit einer unpolitischen, weil nur moralischen Gegenüberstellung der Kategorien Täter – Opfer zufriedengeben. Wer meint, daß die Diagnose »tiefsitzende rassistische Denkstrukturen« ausreicht, hat nichts kapiert und wird eben diese »rassistischen Denkstrukturen« auch nie wirklich bekämpfen können.

Genauso lehnen wir es ab, die Angriffe auf die Flüchtlinge in irgendeiner Form zu entschuldigen.

Seit letzten Donnerstag versammeln sich täglich mehrere hundert Menschen vor dem Sammellager in Mannheim-Schönau, um die dort untergebrachten Flüchtlinge anzugreifen. Die Zusammensetzung war in den ersten Tagen völlig gemischt. Deutsche, Türken, Schwarze GI's, Junge, Alte und viele Besoffene. Nach mehreren Polizeieinsätzen haben sich die AnwohnerInnen anscheinend zurückgezogen. Jetzt bestimmen Jugendliche die zum großen Teil mit Knüppeln bewaffnet sind die Situation. Nach verschiedenen Gegendemonstrationen, die ab Dienstag auch von bewaffneten Gruppen angegriffen wurden versuchen die Polizei und die Medien einen Konflikt zwischen rechts und links daraus zu machen.

REBELLION IST GERECHTFERTIGT
Aber so gehts nicht!

Die Dummheit und Feigheit mit der einige SchönauerInnen versucht haben ihre Wut auf die Verhältnisse gegen Schwächere auszuleben ist absolut widerwärtig. Es gibt gute Gründe auf die Straße zu gehen. Wohnungsnot, Mieten, Löhne - kurz gesagt das Gefühl ständig was weggenommen zu kriegen. Es gibt auch gute Gründe gegen die Scheiße hier mit Gewalt vorzugehen. Das Gelaber von Demokratie kann sowieso niemand mehr hören. Die Herrschenden machen eh was sie wollen. Um sie von irgendwas zu überzeugen braucht's mehr als eine Wahl.
Wir gehen davon aus, daß auch in Schönau einige dieser Gründe eine Rolle gespielt haben.
Aber Aggression, die sich statt gegen die Herrschenden, gegen die Schwächsten in dieser Gesellschaft richtet, ist entweder die Unfähigkeit sich gegen die Richtigen zu wehren, oder die Feigheit des kleinen Mannes »gegen oben ducken - gegen unten treten«.
Es bieten sich viele Ziele an: Makler, Chefs, Politiker, Banken, Bullen etc.
Sie sind es, die die Mieten erhöhen und den sozialen Wohnungsbau vernachlässigen. Sie sind es, die Steuergelder für Rüstungs- und Prestigeobjekte verpulvern. Und sie sind es auch, die Arbeitsplätze wegrationalisieren und vom alltäglichen Rassismus profitieren.
Es ist vollkommen klar, daß die Unterbringung von über 200 Menschen auf engstem Raum, die darüber hinaus noch aus verschiedenen Kulturkreisen kommen, zu Spannungen führt. Es ist nachvollziehbar, wenn es zu Problemen zwischen den Flüchtlingen und der Bevölkerung kommt. Sei es durch Anmache, Lärmbelästigung etc. Aber das entschuldigt gar nichts!
Die Asylpolitik in der Bundesrepublik ist bewußt darauf ausgerichtet, zu spalten. Die Herrschenden wollen verhindern, daß sich die Unzufriedenheit in der Bevölkerung gegen sie richtet. Da liegt es nahe die Wut gegen die Flüchtlinge zu bündeln. Die Einrichtung von Sammellagern ist bewußte Politik um solche Situationen wie in Schönau hervorzurufen. Die Zeitungen sind voll von Hetzartikeln gegen Flüchtlinge. Die Diskussion der Politiker soll immer wieder Haß schüren. Nach Hoyerswerda gab es regelrechte Aufforderungen Asylantenheime anzugreifen. Und die Herrschenden lachen sich ins Fäustchen. Solange die »unten« sich gegeneinander ausspielen lassen, brauchen die »oben« nichts zu befürchten.

DEMO SAMSTAG 18.00 UHR
MA-SCHÖNAU LILIENTHALSTR.

Es ist wichtig, Verhaltensweisen wie die der »SchönauerInnen« scharf, in der unmittelbaren Situation auch mit physischer Gegengewalt zu kritisieren. (Damit meine ich *nicht* das autonome »Konzept Strafexpedition«, das nicht mehr differenziert, nicht polarisiert und nicht politisiert, sondern im moralischen Überschwang kurzerhand ganz Schönau zum faschistischen Gebiet erklärt und eine falsche Konfrontationslinie entwickelt.) Die politische Haltung gegenüber »den SchönauerInnen« wäre auch nicht: »Ihr geht gegen Schwächere vor, das ist unmoralisch und wird von uns bestraft«, sondern: Ihr handelt gegen unsere Interessen als ArbeiterInnen, gegen die Flüchtlinge, was Eure KlassengenossInnen sind und damit auch letztlich gegen Euch selbst. Ihr schadet der Arbeiterklasse und nutzt den Reichen den Managern und Politikern«. Diesem politischen Anspruch wurden lediglich zwei Flugblätter gerecht: das »Rebellion ist gerechtfertigt« war in dieser Hinsicht richtungsweisend: es war ein Aufruf zur Solidaritätsdemonstration und wurde in Schönau verteilt. Es verurteilte die fremdenfeindlichen Ansammlungen und rief dazu auf, die Richtigen, Bullen, Banken, Bonzen und Politiker zu bekämpfen. Das politische Ziel dieses Flugblatts war, den militanten Kern des »Mobs« zu isolieren, indem dazu aufgerufen wurde, die Unzufriedenheit gegen oben zu richten und nicht denen zu folgen, die sie gegen unten kanalisieren. Zum einen sollten Unentschlossene beeinflußt werden, zur Solidaritätsdemo zu gehen und nicht – wenn auch nur aus Neugier – zu den fremdenfeindlichen Ansammlungen. (Daran beteiligten sich auf dem Höhepunkt der Mobilisierung gegen die AsylbewerberInnen etwa 5% der Schönauer Bevölkerung abzüglich der Anwohner). Zum anderen sollte dieses Flugblatt in den Prozeß der Polarisierung eingreifen. So waren anfangs z.B. türkische Jugendliche vor dem Lager – vielleicht nur aus einer unreflektierten Lust an der Äktschn und der Konfrontation mit der Polizei. Ein türkischer Genosse berichtete, daß – nachdem man mit ihnen geredet hatte – ein Stimmungsumschwung stattfand und sie sich dann raushielten. Einzelne solidarisierten sich mit den linken Demonstranten.

Der Versuch, in Schönau für die Demo zu mobilisieren, sollte nicht über eine humanitäre Argumentationslinie laufen – denn es ging den VerfasserInnen nicht um die Mobilisierung der Schönauer Christen – sondern das Ziel war, einer fremdenfeindlichen Mobilisierung die Perspektive der Rebellion gegen den Kapitalismus gegenüberzustellen.

Dieses Flugblatt hat eine heftige »Diskussion« ausgelöst; so war es einigen Linken völlig unverständlich, wie man/frau denn auf die Idee kommen kann, zu versuchen noch jemand anders zur Demo zu mobilisieren als sich selbst und die Grünen. Und dann noch in Verbindung mit einem Aufruf gegen das System vorzugehen und eben nicht im Jargon der »guten Menschen«. Dieses Flugblatt wurde gleichgesetzt mit der Linie der DKP und anderer, die »Verbesserungen« für die SchönauerInnen fordern, die also die explosive Stimmung die im Stadtteil herrscht mit sozialen Reformen befrieden wollen. Gerade das war aber nicht der Inhalt des Flugblatts: es forderte eben nicht einige partikulare Veränderungen, sondern rief auf zur Rebellion gegen den Kapitalismus. Das Problem einiger KritikerInnen des Flugblatts scheint zu sein, daß sie sich einen Bezug auf die Arbeiterklasse gar nicht mehr anders vorstellen können als auf (links)sozialdemokratische Art und sich davon ausgehend in einem hilflosen Moralismus verzetteln. In ihrer Optik ist schon jeder Versuch, die sozialen Verhältnisse zu kapieren, falsch.

Was man/frau wirklich an dem Flugblatt »Rebellion ist gerechtfertigt« kritisieren kann, ist, daß die VerfasserInnen seither keine weiteren Flugis gemacht oder Initiativen unternommen haben.

Das zweite Flugblatt, das die Einengungen sowohl des rein moralischen als auch des sozialdemokratischen Antifaschismus durchbrach, war ein Flugblatt von Frauen: es griff die Verhaltensweisen der »Schönauer«, die vorgaben, ihre Frauen zu verteidigen, frontal an. Indem es darauf hinwies, daß es die Vergewaltiger natürlich auch unter den Flüchtlingen und unter den linken Demonstranten gibt, hat es die realen Widersprüche wesentlich schärfer benannt, als die ganzen Schwarz-Weiß-Gut-Böse-Flugblätter, die sonst verteilt wurden. Es ist von einem eigenen subjektiven Interesse aus geschrieben und wendet sich an ein Subjekt; schade, daß es nur auf der Demo und nicht an die Schönauerinnen verteilt wurde, diese wären ja wohl die einzige Kraft, die wirklich in der Lage ist, ihre Männer von derartigen »Beschützeraktionen« abzuhalten.

Inzwischen hat sich sogar die RAF in ihrem von der Konkret veröffentlichten Papier vom August zu »Schönau« geäußert: sie beziehen sich darauf, daß einige Schönauer Jugendliche Räume zum Moped-Schrauben forderten, was ihnen verweigert wurde. Anschließend wurde das Lager in eben diesen Räumen eingerichtet. Die RAF stellt eine Möglichkeit dar, in der die Linken zusammen mit diesen Jugendlichen und den Flüchtlingen für selbstbestimmte Räume kämpft. Es ist sicher richtig, die Ghettopolitik der Linken zu kritisieren. Aber die ist bestimmt nicht durch eine Orientierung auf »selbstbestimmte Räume« zu durchbrechen, denn gerade diese sind die Ghettos.

Aus dem im Text erwähnten Flugblatt von Frauen:

(...) Unser Widerstand richtet sich gegen jegliche Art von Unterdrückung, sei es gegenüber Menschen aus anderen Ländern oder anderer Religionszugehörigkeit, sei es gegenüber Menschen, die ihre Homosexualität leben wollen, sei es die Unterdrückung, die wir an unseren Ausbildungs- und Arbeitsplätzen durch Chefs, Arbeitsbedingungen, VorarbeiterInnen etc. erfahren, oder sei es die Unterdrückung, die Frauen überall auf der Straße, in der Öffentlichkeit oder auch zuhause in ihren Familien und Beziehungen erleben. (...) Alle Beratungsstellen für vergewaltigte und sexuell mißbrauchte Frauen und Mädchen sind völlig überlaufen; jedes Frauenhaus für geschlagene Frauen ist in kürzester Zeit überlastet. Normalerweise schert sich fast niemand darum. Doch als letzte Woche das Gerücht aufkam, ein Mann aus diesem Flüchtlingswohnheim habe eine Frau vergewaltigt, entstand eine Woge der Entrüstung. »Flüchtlinge belästigen und vergewaltigen Frauen«, wird gesagt. Auch unter den Asylbewerbern gibt es höchstwahrscheinlich Vergewaltiger. Vergewaltiger oder Männer, die Frauen schlagen, erniedrigen, ge- und mißbrauchen, leben hier - in der Regel völlig unbehelligt - unter uns und Euch! Es sind die Väter, Brüder, der Onkel, der »nette« Nachbar von nebenan - und auch unter uns, die wir heute hier demonstrieren, wird es sicher Täter geben. Vor Männern, die sich jetzt so lautstark und knüppelschwingend zu Beschützern »ihrer (deutschen) Frauen« aufspielen, vor denen kann jeder Frau nur das kalte Grausen kommen.

Was ist Schönau und warum sind die SchönauerInnen so wie sie sind oder gibt's überhaupt die SchönauerInnen?

»Schönau ist kein normaler Stadtteil, das ist von Anfang an völlig geplant« (ein Mitarbeiter des Stadtarchivs)

Schönau war bis Mitte der 30er Jahre eine wilde Siedlung aus Bretterbuden und Baracken aus Kanisterblech. Hier wohnte ein Teil des städtischen Subproletariats, das

sich – weitgehend außerhalb der kapitalistischen Produktion – über Kriminalität (z.B. Holzdiebstahl) und Subsistenzproduktion wie Geflügelzucht reproduzierte. Es ist klar, daß dem Faschismus derartige unkontrollierte Strukturen der »Arbeitsscheuen« und »Asozialen« ein Dorn im Auge waren. Die faschistische Stadt – und Sozialplanungspolitik »machte aus der Not eine Tugend«: die GBG erstellte einen strengen Bebauungsplan und errichtete die ersten Blocks. Im Bemühen, »die Straßen Mannheims zu säubern«, die Gesellschaft zu strukturieren und zu kontrollieren, wurden die ersten paar hundert Menschen auf die Schönau »eingewiesen«, alles Menschen aus den untersten Schichten des Mannheimer Proletariats.

Wir wissen wenig über diese erste offizielle Phase. Wahrscheinlich ging aber der Zweck dieser Maßnahme über die »Säuberung Mannheims« raus: die Konzentration und Ghettoisierung dieser Menschen lieferte möglicherweise die Bedingungen für das faschistische Projekt der Arbeit, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsdienste und Zwangsverpflichtungen. Nicht unpraktisch für die Herrschenden, daß gleichzeitig mit den Blocks nebendran, in der heutigen Lilienthalstraße, eine Kaserne für die faschistischen Bullen gebaut wurde.

Nach dem Krieg war die Gendarmeriekaserne und einige Gebäude am Ende der Kattowitzer Zeile von US-Einheiten belegt. Die kommunale Bevölkerungspolitik setzt bruchlos fort, was der Faschismus '35 auf der Schönau begonnen hatte: »Am Nordende werden weitere 500 zusammengetrommelte und dahergelaufene Menschen in acht Baracken ausgesetzt« (*Mannheimer Morgen*, 10.9.60).

Die Mannheimer Innenstadt ist zerstört, Millionen von Flüchtlingen aus dem Osten sind unterwegs. Diese Menschen werden »schier grenzenlos in die Schönau hineingepumpt« (*Mannheimer Morgen*), Innerhalb von zehn Jahren wird die Einwohnerzahl fast verdreifacht, von ca. 5000 nach dem Krieg auf 15 000 bis 1958. »Mannheimer und Polen, Ungarn und Tschechen, Pommern und Schlesier, Ostpreußen und Sachsen. Daß hier soziale Problem entstehen, haben die Londoner in ihren Slums längst vor uns und krasser erlebt« (*Mannheimer Morgen*, 1960). Zu dieser multinationalen Zusammensetzung kommen die vielen GIs, die auf der Schönau bleiben, und ihre Kinder. »Der letzte Schlag war der viel kritisierte Gemeinderatsbeschluß, nach dem 55/56 im Neubaugelände drei Wohnblocks für Minderbemittelte gebaut wurden und in denen – ebenfalls massiert – noch einmal rund 500 Sozialschwache in das bereits angeschlagene Gebiet gestopft wurden« (*Mannheimer Morgen*, 1960).

Viele der Schlagzeilen aus der Zeitungsberichterstattung nach dem Krieg erinnern uns verblüffend an das, was heute diskutiert wird. Beispielsweise waren die Quoten der Flüchtlingszuweisung auch damals vom Land festgelegt. Es gab schon damals die liberale Kritik an der Konzentration von Flüchtlingen in einem Stadtteil. Es gab Auseinandersetzungen um die Wertminderung von Häusern durch die »schlechte Nachbarschaft«. Es gab den Konflikt zwischen den alten Siedlern, den Flüchtlingen und den »Asozialen«, der in Intensität und Gewalttätigkeit den heutigen Auseinandersetzungen in nichts nachsteht und der der Schönau den Spitznamen »Klein-Mexiko« und den Blocks den Namen »Apatsche-Blöck« einbrachte. In den 60er und 70er Jahren folgten weitere Einwanderungswellen, zuerst die Italiener, dann Türken, Jugoslawen, Griechen, Portugiesen usw.

Schönau ist das Ergebnis sehr moderner kapitalistischer Stadtplanung und Bevölkerungspolitik. Vom Faschismus initiiert wurde es nach dem Krieg zu einer der ersten Trabantenstädte, lange bevor Ende der 60er Stadtteile wie Pfingstweide oder Vogelstang – typische Trabantenstädte – hochgezogen wurden.

Was bedeutet diese Geschichte im Zusammenhang mit den aktuellen Ereignissen?

In einigen Flugblättern wurde der Konflikt auf der Schönau als »Angriff des deutschen Mobs auf AusländerInnen« beschrieben. Das ist falsch: es handelt sich um einen Konflikt innerhalb eines multinational zusammengesetzten Proletariats. Viele, die die AsylbewerberInnen angegriffen haben, waren selbst Flüchtlinge oder sind die Kinder von Flüchtlingen, viele, die »die Neger« angegriffen haben, sind selbst »Farbige«, viele die so taten, als wären sie Einheimische, sind ebensowenig wie die Asylbewerber freiwillig dorthin gezogen, sondern wurden »eingewiesen«, wohnen ebenso wie die Asylbewerber in Kasernen, auch wenn die (inzwischen!) eine bessere Ausstattung haben.

Wenn wir schon von »Rassismus« reden, müssen wir klarstellen, daß es ein sehr spezifischer Rassismus ist. Es ist eher eine Form von Fremdenfeindlichkeit, die auf der Schönau Tradition hat. Das ist vom Rassismus des Oberbürgermeisters Widder wesentlich verschieden. Es wird zu diskutieren sein, ob es sowas wie einen »rassistischen Konsens« gibt, also ein Zusammengehen von rassistischer Bevölkerungspolitik, dem Rassismus der Stammtischbrüder, dem der »Marginalisierten« und dem der organisierten Faschisten. Jedenfalls ist es falsch, alles in einen Topf zu werfen, weil es uns auf der Ebene der Analyse einengt und uns praktische Handlungsmöglichkeiten verbaut.

Schönau ist ein »Arbeitervorort mit wunden Punkten« (*Mannheimer Morgen*). Es ist ein Stadtteil mit einer ungeheuren Homogenität, tatsächlich gibt es auf der Schönau kaum Reiche, sehr wenig Akademiker, eine im Vergleich zu anderen Stadtteilen sehr schmale Mittelschicht. Gleichzeitig ist Schönau in sich extrem gespalten. Es gibt die Eigenheime der garantierten Teile der Arbeiterklasse genauso wie – in verschiedenen Abstufungen – die häßlichen Blocks, in denen die prekären Schichten der Klasse wohnen. Die Baracken der zweitgrößten Obdachlosensiedlung der Stadt wurden zwar 1972 abgerissen, aber was an deren Stelle gesetzt wurde, ist auch nicht viel besser. Die Beziehungen der BewohnerInnen zu den Benz-Baracken im nahegelegenen Stadtteil Waldhof, dem »größten zusammenhängenden Slum Deutschlands« *(Merian)*, sind eng und ein überverhältnismäßig großer Teil der Leute aus den Benz-Baracken setzt sich aus ehemaligen, zwangsgeräumten oder sonstwie obdachlos gewordenen SchönauerInnen zusammen. Die Nachfrage nach Wohnungen ist auf der Schönau wesentlich höher als in den meisten anderen Stadtteilen. Große Familien in immer noch sehr kleinen Wohnungen, wenn auch nicht mehr zu siebt in einem Zimmer wie in den 50er Jahren.

Es gibt eine sehr große Drogenscene, vermutlich auch deshalb, weil es viele GIs gibt. Es gibt eine große Alk-Scene, die stark unter Druck steht. Ihr Treffpunkt, der Kiosk im Park hinter der Endhaltestelle, wurde vor einiger Zeit kurzerhand geschlossen.

Aufgrund der sozialen Zusammensetzung des Stadtteils und weil es nichts gibt, keine Discos, nur ein mickriges Jugendzentrum und keine Kneipenkultur wie etwa in der Neckarstadt, spielt sich das gesellschaftliche Leben auf der Straße ab.

Das ist einer der Gründe, wie es zwei Wochen lang zu relativ massenhaften Versammlungen vor dem Lager kommt: die Leute sind sowieso auf der Straße und »so ist es halt in Schönau: wenn was los ist, läuft gleich halb Schönau zusammen« (ein jugendlicher Schönauer). Die Menschen, die an der Endhaltestelle, im Park, vorm Jugendzentrum rumlungern, die ständig auf der Straße sind, waren der militante Kern des »Mobs«.

Einige Aspekte zu den Motiven ihrer Angriffe gegen die AsylbewerberInnen:
– Ihre Scenes sind stark gespalten, es gibt einen ständigen Kampf aller gegen alle, der Cliquen untereinander, es gilt das Gesetz des Stärkeren. Sie heben ihre Rivalitäten

und Streitigkeiten untereinander auf und wenden diese kollektiv gegen die Asylbewerber. Die Härte und Gewalttätigkeit ihres Auftretens entsteht nicht erst im Angriff auf die AsylbewerberInnen, sondern sie ist schon vorher in ihrem Alltag da.
– Ihr Konkurrenzverhältnis mit den AsylbewerberInnen auf der Schönau und Immigranten im allgemeinen ist zum Teil real, zum Teil konstruiert. Sie befürchten, daß sie demnächst mit den Asylbewerbern um die Schwarzjobs konkurrieren, um den »Topf« des Sachbearbeiters auf dem Sozialamt, um Wohnungen, sie befürchten, daß ihnen demnächst ihr Revier als kleine Drogendealer strittig gemacht wird, daß die Chefin der Putzkolonne eine Immigrantin bevorzugen könnte.
– Weil sie auf der Straße sind und die Asylbewerber eben auch keine anderen Möglichkeiten der »Freizeitgestaltung« haben, entwickelt sich ein Konflikt um die Straße. Sie meinen, ihr »Revier« verteidigen zu müssen.
– Sie greifen die AsylbewerberInnen nicht nur deshalb an, weil diese schwarz sind (das sind sie auch gar nicht alle), sondern weil sie wie sie selbst ProletarierInnen sind.
– für die Schicht dieser Menschen ist die Perspektive des individuellen Aufstiegs, eines der wesentlichen Momente der Integration, stark reduziert. Sie stehen unten. Über die Aktionen versuchen sie, sich gegen ein neues »unten« abzugrenzen. Ihre Aktionen gegen die AsylbewerberInnen sind ein kollektiver Versuch der Integration in die Gesellschaft.

Sicherlich waren nicht nur solche Leute beteiligt. Wir denken aber, daß sie eine zentrale Bedeutung in den Angriffen auf die Asylbewerber gespielt haben.

Der Begriff »Rassismus« taugt in seiner Allgemeinheit wenig, um zu erklären, was auf der Schönau los war/ist/und auch vermutlich weiter sein wird. Er ist eine Art »analytische Dampfwalze«, die sämtliche Unebenheiten der konkreten politischen und sozialen Situation einebnet. Wir haben eine lange Diskussion geführt über die Rolle rassistischer Ideologie unter den »SchönauerInnen«. Zweifellos ist diese bei vielen – wenn auch nicht allen – sehr massiv vorhanden. (Es gab durchaus auch Stimmen, für die im Mittelpunkt die Kritik an der Institution Lager stand, und die sich von rassistischen Äußerungen abgrenzten. Eine bruchlose rassistische Identität aller Beteiligten des »Mobs« zu behaupten, geht an der Situation vorbei und schwächt uns. So verbaut diese Sichtweise beispielsweise die Möglichkeit, die Scharfmacher politisch und praktisch zu isolieren).

Unsere Diskussion über die Rolle rassistischer Ideologie drehte sich im wesentlichen um die Frage: gibt es eine Autonomie oder relative Autonomie rassistischer Denkweisen von den konkreten sozialen und materiellen Verhältnissen? Ist der »Rassismus« Wurzel der Angriffe oder die ideologische Begleitmusik? Wollen die Leute »einfach nur ihren Rassismus ausleben« oder sind die Angriffe eine verquere, rechte Form des sozialen Protests? Wir denken, daß sich »rassistische Denkweisen« eben nicht von den sozialen Verhältnissen ablösen lassen. Darüber raus: Eine verkürzte Analyse verharmlost die Angriffe. Gerade *weil* in den Angriffen soziale Motive stecken, sind sie gefährlich. Gerade *weil* sich da nicht nur »blanker Rassismus« ausdrückt, sind solche Bewegungen brisant. Und gerade dies eröffnet uns praktische Möglichkeiten, die über die Bekämpfung des »blanken Rassismus« durch den »blanken Antirassismus« rausgehen.

Ansonsten werden wir weiterhin reduziert bleiben auf die Funktion eines (schlechten) Feuerlöschers, der eingesetzt wird, wenn's schon brennt. – Und wir gehen davon aus, daß Schönau nicht die letzte Mobilisierung gegen AsylbewerberInnen war. Wenn wir solche Mobilisierungen wie den »Schönauer Mob« wirklich effektiv verhindern wollen, müssen wir die theoretischen und praktischen Einengungen des Antirassismus/Antifaschismus durchbrechen. Dies beginnt damit, die Ereignisse als Probleme des Klassenkampfs zu interpretieren, einen Zugriff auf die gesamte Klassenrealität sämtlicher Teile des Proletariats, in diesem Fall der ImmigrantInnen, der SchönauerInnen und unserer eigenen zu entwickeln. Von diesem Standpunkt aus sind radikale Aktionen möglich, Demonstrationen könnten einen Inhalt haben, der angreift und eingreift.

Die Flüchtlinge und ihre Lage

Im November '91 wurden die ersten 59 Flüchtlinge in das Schönauer Lager eingewiesen. Sie kommen zum großen Teil aus dem zersplitterten Jugoslawien, einigen schwarzafrikanischen Ländern (Nigeria, Südafrika usw.), aus Rumänien, der Türkei/Kurdistan. Sie werden aus der ZASt in Karlsruhe in Sammellager, in diesem Fall auf die Schönau verteilt. Dort sind sie zwischen einigen Tagen und mehreren Monaten und werden dann auf die kommunalen Asylunterkünfte verteilt. Dies ist aber nicht durchgängige Regel: uns sind Fälle bekannt, wo Flüchtlinge in andere Landessammellager verschubt wurden.

Nach welchen Kriterien das Lager belegt wird ist für uns ziemlich undurchsichtig. Anfangs sollten es 300 – 400 Menschen sein; das wurde »aufgrund von Protesten« – dann reduziert auf 216. (Phasenweise war das Lager aber wohl »überbelegt«.) Wir vermuten, daß mit Beginn der Angriffe auf die AsylbewerberInnen die Zahl stark reduziert wurde. Bekannt ist uns, daß in der letzten Juni-Woche 40 Leute auf einmal verlegt wurden. Bekannt ist uns auch, daß einige gegen ihren Willen in Sammellager in die Ex-DDR verlegt wurden. Dies ist eine erste Konfrontationslinie mit dem System der Lager und der Zuweisungen: viele verlangen sozusagen eine freie Wahl des Wohnorts, sei es weil sie irgendwo Verwandte oder FreundInnen haben, sei es weil sie über irgendeinen Ort Gutes oder Schlechtes gehört haben. Der Lagerleiter behauptet, er habe auf die Verlegungen keinen Einfluß, alles käme vom Land, von »oben«. Wir denken aber, daß die Verlegungspolitik eine Methode ist, die »Disziplin« im Lager aufrechtzuerhalten, Einzelne zu erpressen, widerständiges Verhalten zu bestrafen. Die Zusammensetzung der LagerbewohnerInnen ist nicht nur Politik »nach außen«, son-

dern auch eine Hierarchisierung und Spaltungsmethode nach innen. Die Belegungspolitik ist nicht zufällig oder ein rein bürokratischer Akt; sie ist ein äußerst flexibles Instrument der sozialen Kontrolle. Vor einigen Monaten gab es im Lager angeblich eine Massenschlägerei zwischen Leuten aus Afrika und dem Osten. Auslöser soll eine Bevorzugung einer Gruppe beim Essen gewesen sein. Wir wissen nichts genaueres, wie das wirklich war – es hat angeblich einige Verletzte und einen massiven Bulleneinsatz gegeben. Wir vermuten, daß es der Lagerleitung gelungen ist, ein kollektives

Schön Au

Vorgehen aller LagerbewohnerInnen gegen den Fraß zu verhindern, indem sie einzelne Gruppen gegeneinander ausgespielt hat. Es hat kleinere Aktionen gegen das Essen gegeben: eine Gruppe von 6 Leuten verschiedener Nationalitäten hat sich aus Protest gegen das Essen eine Glatze geschoren. In einem Lager bei Heilbronn gab es im Juni einen kollektiven Hungerstreik der Asylbewerberinnen gegen das Essen. Dasselbe »Feinschmeckerrestaurant« in Heilbronn liefert auch das Essen für das Schönauer Lager.

Die LagerbewohnerInnen kriegen monatlich ganze 70 DM. Außerdem »dürfen« sie sich nebenher durch Putzen im Lager das Taschengeld aufbessern. Wir wissen nicht, wieviel sie dafür kriegen. Wir wissen auch nicht, ob einige, die vielleicht länger da sind, Schwarzjobs nebenher machen.

Die Fenster sind zum »Schutz« der Flüchtlinge vergittert, man kann sich auch nicht rauslehnen. Die Besucher werden Kontrollen unterzogen. Dies beginnt schon an der Pforte. Es wird unter den BesucherInnen selektiert, wer rein darf und wer nicht. Der Lagerleiter checkt die Leute ab, ob sie »Unruhestifter« sind. Die Lagerleitung bestimmt willkürlich, wer reinkommt und wer nicht. Durch die Belagerung durch den Mob wird die Bewegungsfreiheit der AsylbewerberInnen weiter stark eingeschränkt. Manche trauen sich nicht mehr raus. Die Polizei, die zum »Schutz« der AsylbewerberInnen da ist, hat über Wochen das Zustandekommen von Kontakten behindert, bzw. die Kontakte selektiert. Ab 17 Uhr gab es fast drei Wochen lang keinen direkten Zugang mehr zum Lager, indem das Gelände konsequent abgeriegelt wurde und verstärkt Streifen gefahren wurden.

Dieses Zusammenspiel des Mobs und den Verantwortlichen der Lagerpolitik bedeutet eine Verschärfung der Ghettoisierung. Die Ghettoisierung und Abschottung der Flüchtlinge resultiert aber nicht nur aus ihrer materiellen Situation, aus den verschiedenen repressiven Maßnahmen: der kontrollierte und selektive Kontakt über karitative und sozial-arbeiterische Initiativen ist genauso ein Moment der relativen Isolierung der Flüchtlinge. Der Staat kanalisiert so die sozialen Kontakte in eine Form, die seinen Interessen entspricht.

Aber daß es von uns aus sehr wenig Kontakt und Kommunikation mit den Flüchtlingen gab/gibt, liegt nicht nur an den diversen Behinderungen durch die Lagerleitung, sondern hat seine Wurzel in der Unfähigkeit der regionalen linken Scene sich zu öffnen, auf andere Leute zuzugehen, aus dem eigenen Ghetto rauszugehen. Mensch ist gerne unter sich. Aber es ist auch ein politisches Problem: wie kann mensch einen Kontakt mit den Flüchtlingen herstellen, der auf einer gleichberechtigten Ebene abläuft? Wie kann eine Kommunikation aussehen, in der die Flüchtlinge nicht von uns politisch instrumentalisiert werden und in der wir nicht die alternativen Sozialarbeiter spielen?

Das scheint nicht einfach, ohne eine radikale Bewegung, die in der Lage ist, die Einwanderung politisch zu thematisieren und die aber nicht auf diesen Punkt beschränkt ist. Andererseits kann das Fehlen so einer Bewegung kein Grund sein, nichts zu tun. Auch individuelle und persönliche Kontakte zu einzelnen Flüchtlingen sind notwendig und ein konkreter Akt der Solidarität. Schon allein deshalb, weil wir mitkriegen müssen, was in den Lagern abläuft. Wir können so die Verantwortlichen beobachten und die Bedingungen schaffen, gegen die staatlichen Methoden vorzugehen. Die ImmigrantInnen kommen hierher und haben erstmal viel miesere Bedingungen als wir und als die Einheimischen und schon heimisch gewordenen Schichten der ArbeiterInnenklasse. Das Interesse der Flüchtlinge ist, möglichst schnell dieselben Lebensbedingungen zu erreichen. Das heißt in erster Linie nicht mehr den ganzen repressiven Maßnahmen, der Drohung mit Abschiebung unterworfen zu sein. Den Wohnort frei wählen zu können, Wohnungen überhaupt, ein materieller Lebensstandard, der besser ist als in den Herkunftsländern. Je eher die ImmigrantInnen gleiche Bedingungen erreichen, je weniger Unterschiede in der materiellen Lebenssituation es zwischen ImmigrantInnen und »Einheimischen« gibt, desto eher wird es möglich sein, weitergehende gemeinsame Kämpfe zu führen und rassistische Spaltungen zu überwinden. Vor diesem Hintergrund liegt es in unserem direkten Interesse, jeden Versuch der Einschüchterung, sei es durch die staatliche Politik oder durch den »Mob«, zu bekämpfen.

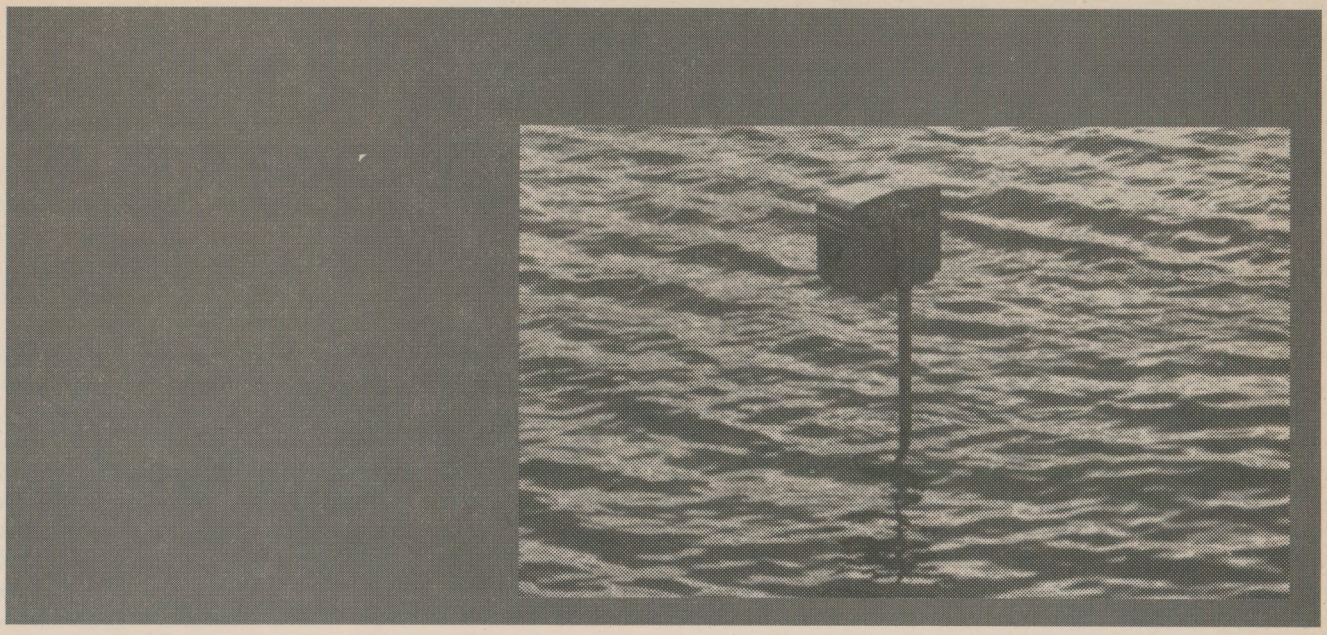
Die Situation jetzt

Es kam nicht mehr zu den großen Mobilisierungen gegen die AsylbewerberInnen wie im Juni. Lediglich im Gefolge von Rostock hat eine kleine Gruppe von Jugendlichen die Scheiben an einem Nebengebäude des Lagers eingeworfen.

Der Versuch der NPD, Anfang September auf der Schönau eine Versammlung gegen »Asylmißbrauch und Überfremdung« zu machen, ist gescheitert – sofern er nicht von vornerein als Propaganda – oder Ablenkungsmanöver geplant war. Wir wissen leider ganz wenig über die momentane Situation im Stadtteil – denn wir wohnen nicht dort, was unsere Initiative von vornerein ziemlich begrenzt hat.

Kurz nach Rostock kam im Fernsehen eine Sendung in Report mit dem Titel »Mannheim-Schönau« zeigt wie's auch anders gehen kann«. In dieser Sendung wurde folgendes Bild der »Lage« gezeichnet: es hätte ein Stimmungsumschwung in der Bevölkerung stattgefunden, viele würden jetzt auf die AsylbewerberInnen zugehen. Sie haben einen Jugendlichen interviewt, der an den Randalen beteiligt war; früher sei er gegen die Asylbewerber gewesen, jetzt sei er für sie. Die Jugendlichen würden jetzt Fußball mit den Immigranten spielen.

Wir haben diese Sendung als Propaganda eingeschätzt. Es ist unrealistisch, daß ein breiter Stimmungswandel stattgefunden hat. Trotzdem scheint es unwahrscheinlich – wenn auch sicher nicht ausgeschlossen –, daß es momentan nochmal zu einer Eskalation wie Anfang Juni kommt. ●



Die folgenden Passagen sind einem Papier aus Frankfurt entnommen. Es setzt sich kritisch mit der Mobilisierung zu Schönau - vor allem wie sie in Frankfurt gelaufen ist - auseinander und kritisiert die Verwendung des Begriffs »Mob«. Der komplette Text, den wir hier aus Platzgründen nicht abdrucken können, sollte in gut sortierten Kreisen erhältlich sein.

ANTI-MOB

(...) Binnen allerkürzester Zeit hat eine Depolitisierung des Konflikts stattgefunden, indem die Ebene der Auseinandersetzung sich in gewohnter Weise auf die zwischen Demonstrantinnen und Bullen zurückschraubte und beschränkte. (...)
Die Angriffe auf die Flüchtlingskaserne in Schönau stehen insofern qualitativ auf einer neuen Stufe als es hier nicht organisierte Faschisten sind (...), die hier zur Tat schritten oder schreiten wollten, sondern Teile der Bevölkerung eines überaus durchschnittlichen Stadtteils, der eher von Angehörigen der Unterschicht bewohnt wird (...). Von Leuten also, die mensch sonst dem theoretischen Anspruch nach eher als potentielle Verbündete betrachtet.
Der Konflikt birgt also eine ganze Menge an politischem Sprengstoff - auch für das linke Weltbild. Es wäre logisch, anzunehmen, daß sich deshalb daran heftige und gründliche Debatten entzünden, in denen nach den Gründen gefragt und nach adäquaten politischen Antworten gesucht wird. Das Gegenteil ist der Fall gewesen. Über das Problem ist öffentlich überhaupt nicht gesprochen worden.
Ohne Worte verständigte mensch sich mit einer Leichtigkeit und ohne großen Argwohn - was in Anbetracht der deutschen Geschichte mehr erzeugt als nur Betroffenheit - auf den Begriff »Mob«, der nun als Bezeichnung für Angreiferinnen, Schaulustige und zu Hause gebliebenen Bewohnerinnen des Stadtteils (bisweilen bezieht er sich auf die Bevölkerung überhaupt) gleichermaßen benutzt wird. (...)
Wir kritisieren den Begriff aus verschiedenen Gründen:
- Er steht in der Tradition von nazistischem Sprachgut, vom »Mob« ist es nicht weit zu den »Ratten« und »Schmeißfliegen« oder wie es auf »unserer« Seite in Schönau in Straßendiskussionen gefallen ist: »Asoziale«.
- Weiterhin ist der Begriff historisch bereits besetzt und zwar in verschiedenem Sinn: Als »Mob« wurden etwa um die Jahrhundertwende die Pariaschichten der sich bildenden Arbeiterinnenklasse bezeichnet, die noch nicht in den kapitalistischen Ausbeutungszyklus integriert waren, z.B. diejenigen, die ihre Arbeitskraft noch nicht in den Fabriken verkaufen »durften« und als Prekäre ihr Dasein fristeten.
- Auch die Kämpferinnen in den Straßen LA's wurden mit diesem Etikett versehen.
- Und nicht zuletzt war er in den 70ern lange Zeit Bezeichnung für die radikalen Teile der Linken.
Indem er das Bild einer wutschnaubenden, sich geifernd zusammenrottenden Meute transportiert, werden im Grunde mit seiner Verwendung die allgemeinen Rassismen verharmlost und sogar geleugnet, er gibt dem Ereignis Ausnahmecharakter. (...) Der Begriff »Mob« steht als Synonym für nicht geführte politische Debatten, für das Verdrängen der Brisanz der Problematik in den eigenen Reihen, für das Nicht-Begreifen-Wollen dessen, was sich hier alltäglich abspielt. (...)
Am Schluß des Papiers gehen sie der Frage nach, warum die Autonomen auf ihren Demos unter sich bleiben, keine Verbreiterung stattfindet (was spontan teilweise passiert ist - siehe die Berichte zu Schönau und Lüneburg):
- Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen sind unsere Demos »rein deutsch«. Das kann nicht nur daran liegen, daß Ausländerinnen in der BRD nicht unter Rassismen verschiedenster Spielart zu leiden hätten, ebensowenig daran, daß sie kein Interesse daran haben, dies anzuprangern und sich zur Wehr zu setzen.
- »Unsere« Demos sind nicht offen - durch Habitus, Kleidung, Verhalten. Viele Menschen haben Angst vor Auseinandersetzungen mit den Bullen, die auch von unserer Seite oft nicht mit der nötigen Verantwortung geführt bzw. gesucht werden.
- In Mannheim und auch in Ffm bei anderer Gelegenheit schon vorher haben wir festgestellt, daß Ausländerinnen bzw. Passantinnen oft nicht wissen, ob wir nun »Pro« oder »Contra« sind oder uns sogar für Faschisten halten. Wenn unsere Demos offensichtlich nicht einmal geeignet sind, unsere Parteilichkeit eindeutig zu vermitteln, dann sollte uns die Identifizierung und Aufhebung der Gründe auf den Nägeln brennen. (...)

Anonyme Antirassistinnen
Juni 1992

Das Antirassistische Zentrum in Berlin

»Wir waren lange Zeit blind für die Brisanz der sozialen Organisierung ...«

Im Anschluß an die Ereignisse in Hoyerswerda besetzten am 24. Oktober 91 Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern zusammen mit UnterstützerInnen aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen 11 Räume in der TU Berlin als »Antirassistisches Zentrum«. Mit Öffentlichkeitsarbeit, Demonstrationen, Go-ins bei Behörden und einem Hungerstreik versuchten sie die Forderung »Bleiberecht in Berlin« durchzusetzen. Die Gegenseite blieb hart, und der als exemplarisch gedachte politische Kampf von Flüchtlingen in Berlin wurde zum monatelangen Tauziehen mit den Behörden. Was ein Fanal sein sollte in den Räumen einer sich anfangs sympathisierend gebenden Einrichtung, zog sich sechs Monate lang hin. Die Unterstützung der Selbstorganisierung von Flüchtlingen und das Zusammenleben stellte die AktivistInnen vor immer neue Anforderungen. Während bis Weihnachten die politische Kampagne im Vordergrund stand, löste die Vergewaltigung einer Frau auf der Silvesterfeste harte Diskussionen aus. Die Plena als Organisationsform erreichten ihre Grenzen – getrenntes Frauen- und Männerplenum, getrennte Frauen- und UnterstützerInnenplena und gemischtes Plenum von Flüchtlingen und UnterstützerInnen. Im Laufe des Januar war die Hauptfrage: »Wie läßt sich die Besetzung so schnell wie möglich politisch verantwortlich beenden?« Nach neuen Aktionen, Verhandlungen, Spaltungsversuchen gelang am Ende nur die Aufnahme von 15 Flüchtlingen in Berlin, die übrigen wurden in Lagern in Brandenburg untergebracht. Am 3. April verließen die letzten BesetzerInnen die TU.

Das Verbindung von politischer Kampagne und gemeinsamer Organisierung des sehr unterschiedlichen Alltags im ARZ hat alle Beteiligten viel Kraft gekostet. Der Versuch, von einem gemeinsamen Interesse aller Flüchtlinge auszugehen und darauf aufbauend eine politische Kampagne für das Bleiberecht zu führen, erwies sich als unmöglich. Der Zwang, Geld zu verdienen, individuelle Versuche der ImmigrantInnen, sich in der voraussichtlich begrenzten Zeit in Deutschland einzurichten unter Ausnutzung aller gegebenen Möglichkeiten, wurde nicht aufgegriffen, sondern weitgehend ausgeblendet – und wurde so zur Hauptkraft der Entpolitisierung. Die Aufarbeitung der Erfahrung ARZ geschah in unterschiedlichen Kleingruppen.

Wir dokumentieren im Anschluß den Redebeitrag einer Unterstützerin, der Ergebnis der Diskussion eines Frauenzusammenhangs ist und im Juli 92 auf einer Veranstaltung in Berlin vorgetragen wurde.

Redebeitrag von Unterstützerinnen zum Verhältnis von sozialer und politischer Organisierung

Dieser Beitrag ist in Frauenzusammenhängen aus der TU entstanden.

1. Die Frage nach dem Verhältnis von sozialer und politischer Organisierung ist nicht nur in der Zusammenarbeit mit Flüchtlingen relevant, sondern überall, wo es um kollektives Handeln geht. In der Zusammenarbeit mit Flüchtlingen gibt es einige spezifische Punkte, z.B. daß den Flüchtlingen wesentliche existentielle Grundlagen fehlen bzw. von ihnen neu aufgebaut werden müssen oder den Flüchtlingen in einer menschenfeindlichen Form durch die staatlichen Institutionen und Gesetze aufgezwungen werden.

Zu diesen Grundlagen, die neu aufgebaut werden müssen, gehören:

- *emotionale Beziehungen, ein soziales Netz*
- *Wohnraum (wichtig in Bezug auf Zwangsverteilung)*
- *eine Aufenthaltsberechtigung*
- *Geld bzw. Arbeit (erschwert durch minimale Löhne bzw. kriminalisierte Arbeit)*

Kurz, fast der gesamte Alltag muß von den Flüchtlingen neu und gegen den Widerstand der staatlichen Institutionen organisiert werden. Dies betraf genauso die Flüchtlinge, die sich an der Besetzung beteiligt haben. Während der Besetzung waren wir UnterstützerInnen mit ähnlichen Problemen konfrontiert; wir haben es nicht geschafft, das Projekt in die eigenen Sozialstrukturen einzubinden.

2. Die Frage der sozialen Organisierung war ein Angelpunkt des Projekts: sie war ein zentraler Grund des inneren Scheiterns. Wir waren lange Zeit blind für die Brisanz der sozialen Organisierung. Sie ist zwar auf dem Flüchtlingsplenum und im Flüchtlingskomitee immer ein primärer Diskussionspunkt gewesen, aber sie wurde nicht gelöst bzw. geglückt diskutiert. Über Monate wurde auf den Flüchtlingsplena und im Flüchtlingskomitee die meiste Energie in Diskussionen über Küche, Putzplan, Geld, Zigarettenverkaufen, Übernachtung von Gästen etc. gesteckt.

Zu diesen Fragen und Problemen gab es von UnterstützerInnenseite ein zwiespältiges Verhalten: Das Problem wurde wahrgenommen, aber permanent aus unseren eigenen Diskussionen als UnterstützerInnen herausgehalten. Als Flüchtlinge ein Verhalten von uns einforderten, antworteten wir »pseudo-antirassistisch«: wir würden uns nicht in die Selbstorganisierung von Flüchtlingen einmischen bzw. könnten dazu aus unserer Rolle heraus nichts sagen. Dies war ein Fehler, da so viel von dem sozialen Rahmen von uns gestellt und vorgegeben war –

dadurch daß wir als autonome UnterstützerInnen, und nicht die Flüchtlinge, die Besetzung geplant und begonnen hatten. Wir negierten unsere Verantwortung so bis zur Vergewaltigung, danach griffen wir massiv in Diskussionen ein und stellten Kriterien für das Verhalten von Flüchtlingen auf, so daß dann von den Flüchtlingen der Vorwurf von diktatorischem Verhalten an uns gerichtet wurde.

3. In der Frage der sozialen und politischen Organisierung gibt es ein geschlechtsspezifisches Verhalten; es läßt sich zwar nicht völlig linear nach Frauen und Männern aufteilen, aber es gibt darin eine eindeutige Tendenz: Die Männer hatten eine unglaubliche Souveränität darin, über die Frage der sozialen Organisierung hinwegzusehen. Zum einen wurden viele Probleme nicht an Männer herangetragen, sondern die meisten Flüchtlingsfrauen und -männer haben sich damit vertrauensvoll an die Unterstützerinnen gewandt. Zum zweiten haben die Unterstützermänner keine Schritte gemacht, um bei »sozialen Problemen« genauso Verantwortung zu übernehmen.

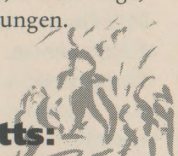
An Frauen wurde alles herangetragen, ohne daß es dabei Grenzen gab. So hatten es z.B. Ärztinnen extrem schwer, als politische Person, die ein politisches Interesse an dem Projekt hat, respektiert zu werden. Oft wurden Ärztinnen wegen absoluter Kleinigkeiten aus dem Plenum gerufen. Genauso wurden Frauen angesprochen, wenn es darum ging, Schrottplätze für bestimmte Ersatzteile herauszusuchen. Frauen haben oft Sachen, die jede/r Flüchtling selbst organisieren könnte, übernommen, bzw. sie haben Anfragen nicht entschieden genug zurückgewiesen und die brennende Frage, wie die soziale Organisierung aussehen kann, durch individuelle Sozialarbeit abgefedert.

4. Wenn die Frage des Verhältnisses von sozialer und politischer Organisierung in Bezug auf »unsere weißen autonomen Strukturen« untersucht wird, fällt auf, daß es da eine ganz starke Verknüpfung von sozialer und politischer Organisierung/Alltag gibt. Diese Strukturen sind für alle Nicht-Szene-InsiderInnen überhaupt nicht transparent und streng weiß.

5. Wir haben die Besetzung der TU als politisches Projekt begonnen und geplant. Wir sind dabei von einem Primat des politischen Kampfs ausgegangen, dem wir alle sozialen Ideen und Konflikte unterordnen wollten. Wir denken inzwischen, daß die Idee von einer rein politischen Bestimmung eines Projekts bzw. einer Kampagne eine Illusion ist. Es geht darum, Kämpfe in gleichzeitiger und gegenseitiger Abhängigkeit der politischen Bestimmung von sozialer Organisierung zu entwickeln und soziale Arbeit mit politischer Perspektive zu verbinden. ●

Lüneburg – Mobilisierung ohne Schablonen

Am 5. September fand in Lüneburg eine Demonstration »gegen Rassismus und Progrome« statt. Aufgerufen hatte dazu ein Mikrozusammenhang, der traditionell als autonome Gruppe firmiert. Trotz oder vielleicht gerade wegen des Rechtschreibfehlers (Progrome) war die Demonstration, die allen viel Spaß machte, ein Erfolg. Zwar auch wegen der Teilnehmerzahl von mehreren hundert Leuten, aber in erster Linie wegen des Ablaufs der Demo selber. Der Großteil der DemonstrantInnen waren Jugendliche, vornehmlich SchülerInnen, die keiner aus der linken Politszene kannte. Diese Leute fanden sich mit dem offiziellen Ende der Demo nicht ab, übernahmen Megafon und Transparente, und setzten die Demonstration spontan fort. Dabei entwickelte sich eine Eigendynamik, die den Zug fast zwei Stunden mehrmals durch die Stadt ziehen ließ. Immer wenn die Demo an ihrem vorläufigen Ende ankam, hatten sich etliche Leute angeschlossen – andere waren ausgeschieden -, die keine Lust hatten, an dem Punkt aufzuhören und zogen weiter. Beendet wurde das Teil mit einer spontanen Rede einer älteren Frau, die gegen die Faschisten wetterte. Bemerkenswert an der Aktion ist die Tatsache, daß sich die Leute unabhängig von allen politischen Zusammenhängen und Gruppierungen organisiert haben, und die Demonstration ab einem bestimmten Punkt auch so durchgeführt haben. Es gibt also unabhängig von der eingefahrenen linken Szene unter den Jugendlichen informelle Strukturen, die in der Lage sind, innerhalb kurzer Zeit viele Leute auf die Beine zu bringen, ohne lange, ermüdende Bündnisverhandlungen.

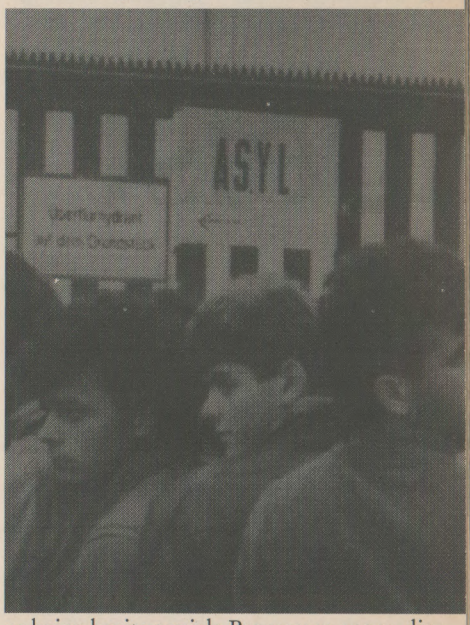


Text des Flugblatts:

Demo gegen Rassismus und Pogrome
Samstag, 5. September 1992, 11 h Industrie- und Handelskammer (Am Sande), Lüneburg

Angesichts der immer rascher um sich greifenden rassistischen und nazistischen Aktionen in der BRD rufen wir zu einer Demo gegen Rassismus und Pogrome auf.
Wer jetzt schweigt, macht sich mitschuldig an den Verfolgungen von hilfesuchenden Flüchtlingen und allen nicht-deutsch aussehenden Menschen.
Über unsere Betroffenheit und Empörung hinaus möchten wir einige kurze Gedankensplitter zur Diskussion stellen:

-Natürlich gibt es den sogenannten Mißbrauch von Sozialhilfe durch Asylsuchende. In einem Land, in dem jeder normale Mensch spätestens bei der Abgabe des Lohnsteuerjahresausgleichs versucht, den Staat um möglichst viel Geld zu betrügen, halten wir so ein Verhalten nur den Gebräuchen dieses Landes für angemessen.
-Die Bundesregierung und interessierte Kreise sind dabei, die Bundesrepublik konsequent in eine Zwei-Drittel-Gesellschaft umzuwandeln. Eine immer schlechtere soziale Absicherung, höhere Lebenshaltungskosten und explodierende Mietpreise sind die augenfälligsten Merkmale. Solange



es keine breite soziale Bewegung gegen diese Politik gibt, werden immer weiter Sündenböcke – in diesem Fall die Ausländer - gesucht werden, an welchen die am härtesten Betroffenen ihren Frust rauslassen. Spätestens hier entsteht ein Regierungsinteresse am Rassismus
-Sexistische Äußerungen und Handlungen sind kein Privileg der deutschen Männer. Sexismus bei ausländischen Männern ist nicht unter dem Deckmantel der Solidarität wegzulügen, sondern genau wie bei deutschen Männern anzugreifen.
-Die Ereignisse in Rostock haben zum wiederholten Male gezeigt, daß ein antifaschistischer Selbstschutz unumgänglich ist.
Wir fordern alle anti-rassistisch eingestellten Personen, Initiativen und sonstige Organisationen auf, zu der Demo aufzurufen und sich daran zu beteiligen.

Autonome Gruppe

Das folgende sind Auszüge aus einem Artikel im Schwarzem Faden 3/92. In derselben Nummer sind weitere interessante Artikel (siehe auch Anzeige hinten im Heft). Den SF gibt's in jeder gut sortieren Buchhandlung.

Ungarn will seine Ausländer loswerden, und der Westen braucht nach Öffnung des Eisernen Vorhanges einen Vorposten gegen Flüchtlingsströme

Eine Reportage aus dem Abschiebelager Kerepestarcsa

Kerepestarcsa ist ein kleiner Ort am Rande der ungarischen Hauptstadt Budapest. Hier befindet sich inmitten dörflicher Idylle ein Abschiebelager, vor allzu neugierigen Blicken gut geschützt durch eine hohe, stacheldrahtgespickte Mauer. Hier wurde - nach Angaben der zuständigen ungarischen Behörden! - im Dezember `91 eine Revolte der Lagerinsassen unter Einsatz von Tränengas in geschlossenen Räumen niedergeschlagen.

Seit Monaten überhäufen die Lagerinsassen den Menschenrechtsausschuß des ungarischen Parlamentes mit einer Flut von Beschwerdebriefen. Auch Oppositionspolitiker prangern die Zustände in Kerepestarcsa an. Zugleich kritisieren sie die stramme Wende in der ungarischen Ausländerpolitik, die die Regierung seit Herbst letzten Jahres herbeigeführt hat.

Seit der Öffnung des Eisernen Vorhanges schottet sich nicht nur Westeuropa vor immer größeren Flüchtlingsströmen ab. Auch Ungarn, dem im »gemeinsamen Haus« scheinbar die Rolle eines Vorpostens zugedacht ist, will seine Ausländer, zumeist Gastarbeiter und Studenten, loswerden. Flüchtlinge dulden die Behörden, mit Ausnahme der etwa 50 000 aus Jugoslawien, nicht. Nachdem die Regierung vergangenen Oktober Einreise- und Aufenthaltsbedingungen verschärfte, entzogen die Behörden allein im letzten Jahr 20 000 Personen die Aufenthaltsgenehmigung. Mehr als 3000 Ausländer wurden zwangsweise abgeschoben, 1500 ausgewiesen. Darüberhinaus werden täglich bis zu 3000 Personen an den ungarischen Grenzen zurückgewiesen, weil sie nicht über die entsprechende Summe von 1000 Forint und eine Rückfahrkarte verfügen. Doch gesetzlich ist das rigorose Vorgehen der ungarischen Behörden keineswegs verankert.

Immerhin, frohlockt das Innenministerium, schnellen die Zahlen der illegalen Grenzübertritte nicht weiter in die Höhe. Derzeit halten sich nach offiziellen Schätzungen etwa 25 000-40 000 Ausländer illegal in Ungarn auf, hauptsächlich Rumänen, Türken, Nigerianer, Liberianer, Chinesen und andere Bürger afrikanischer und asiatischer Staaten. Ihr Ziel ist nicht das Land zwischen Donau und Theiß, sondern der Westen. Bei dem Versuch, sich an der ungarisch-österreichischen Grenze durchzuschlagen, werden die meisten erwischt. Dann heißt die Endstation: Heimat.

Können die Betroffenen keine oder nur ungültige bzw. gefälschte Ausweisdokumente vorweisen, werden sie nach Kerepestarcsa gebracht, bis ihre Identität aufgeklärt ist. Obwohl die Behörden sie gesetzlich nicht länger als sechs Tage festhalten dürfen, kann das Monate dauern. Das Dahinvegetieren in Kerepestarcsa verbietet kein Gesetz. 70 Forint, rund 1,40 DM, stehen pro Tag und Person zur Verfügung. Das ist auch in Ungarn gerade mehr als nichts.

Die Szenerie gleicht einer Mischung aus Horror und Elend. Der Treppenaufgang ist mit einem schweren Eisengitter verriegelt. Dahinter drängen sich dicht die Insassen. Vorn am Gitter klammern sich ein paar Schwarze fest. Niemand spricht. Nur schweigende, mißtrauische Blicke. Es ist, als würde man einen Rattenkäfig besichtigen. Das Stichwort gibt eine Frage des Besuchers. Die Leute fangen plötzlich an zu schreien, alle durcheinander. »Wir wollen hier raus!« »Helfen Sie uns!« - »Wir leben hier wie Tiere, nicht wie Menschen!« - »Schauen Sie! Wir können uns nicht bewegen, wir brauchen Freiheit! Ich bin seit mehr als sechs Monaten hier!«

Die Polizisten öffnen das Gitter. Ich steige die Treppe hoch, die Leute umringen mich, reden auf mich ein. Zwischen nackten Betonwänden häufen sich Müll und Dreck. Toiletten- und Waschräume stehen eine Handbreit unter Wasser und stinken nach Exkrementen. In den Schlafräumen hat man Doppelstockbetten aneinander gequetscht. Ein Dutzend türkische Kurden sind in einem Sonderraum eingesperrt, warum können die Wachhabenden nicht sagen. Hofgang findet nicht statt, weil die »entsprechenden Einrichtungen« fehlen.

Ende Februar 1992 schlossen Österreich, Ungarn und Rumänien ein Abkommen, in dem sie sich auf eine schnelle Abschiebung unerwünschter Flüchtlinge einigten. Ebenfalls Ende Februar weilte eine Delegation des Innenausschusses im deutschen Bundestag in Budapest und diskutierte mit ungarischen Regierungspolitikern über Flüchtlingsfragen. Das Gastgeschenk der Deutschen: Acht Millionen Mark Unterstützung für die ungarische Polizei - zur Bekämpfung des Drogenschmuggels, wie es hieß.

Den Bewohnern von Kerepestarcsa bleiben ein paar spärliche Hoffnungen. Beim UNO-Flüchtlingsbüro in Budapest können sie den Flüchtlingsstatus beantragen. Wird ihnen der zuerkannt, dürfen sie in ein Drittland weiterreisen. Solches Glück ist jedoch den wenigsten beschieden. Von 250 Fällen, die im letzten Jahr bearbeitet wurden, traf das UNO-Flüchtlingskommissariat nur in 20 Fällen eine positive Entscheidung. Thomas Birath, Leiter des Büros, steht vor einem Dilemma. »Wir in Budapest können ja nicht die Probleme Afrikas lösen«, sagt er.

Brief eines kurdischen Genossen

Anmerkung des griechischen Genossen, der uns den Brief geschickt und übersetzt hat: *Dieser Text wurde von einem Genossen aus Kurdistan geschrieben. Viele GenossInnen werden sagen, er sei unpolitisch und sexistisch. Leider kann der Verfasser des Textes solche Widersprüche nicht beantworten, der Aufstand in Kurdistan und die schlechten Bedingungen in Griechenland haben ihn zusammen mit vielen anderen Leuten zurück in den Untergrund in der Türkei/Kurdistan geschickt. Zuvor hatte er fünf Jahre lang in Griechenland als Bauarbeiter gearbeitet, er war Gewerkschaftsmitglied und arbeitete mit einer autonomen Arbeitergruppe zusammen.*

»Die Einwanderung von türkischen und kurdischen Flüchtlingen nach Griechenland hat am 12.9.1980 begonnen. Tausende von Leuten sind nach dem Militärputsch in der Türkei aus drei Gründen nach Griechenland und weiter nach Europa geflohen:

a) Politische Flüchtlinge, die nur wegen ihres politischen Verhältnisses zur Regierung flüchteten; für sie war es unmöglich, in ihrer Heimat zu bleiben, ohne Gefahr zu laufen, im Knast zu landen oder ermordet zu werden.

b) Wirtschaftsflüchtlinge, die wegen der wirtschaftlichen Umstrukturierung durch die Militärregierung nicht mehr in der Türkei bleiben konnten. Sie dürfen nicht nach Europa siedeln, um dort zu arbeiten, deswegen beantragten sie in Griechenland Asyl. Ihre weiteren Pläne sind, ihre Familien nachzuholen, Geld zu sparen und irgendwann in die Türkei zurückzukehren.

c) Der schlimmste Fall sind die Flüchtlinge, die durch ihre Tätigkeit in Griechenland das Bild der Flüchtlinge verschlechtern, und das hat Folgen für den Aufenthalt der Flüchtlinge in diesem Land. Diese Leute haben die Türkei verlassen, weil sie dort jemanden getötet oder was geklaut haben. Sie stellen sich als politische Flüchtlinge

vor, setzen ihre kriminellen Tätigkeiten fort, und deswegen vertraut die griechische Gesellschaft den Flüchtlingen nicht. Das ist ziemlich schlecht für die politischen Flüchtlinge, die sehr oft in ihrem Heimatland eine gute Familie, ihren Reichtum oder ihre Arbeit verlassen haben, um ihr Leben zu retten und ihr Recht zu behalten, Menschen genannt zu werden. Diese politischen Flüchtlinge sind ohne Hilfe und ohne Sprachkenntnisse nach Griechenland gekommen und erwarteten ein entsprechendes Verhalten von freien demokratischen Menschen gegenüber freien demokratischen Menschen.

Die griechische Republik und Freiheit hat die Flüchtlinge alle zusammen wie die Tiere in große Kasernen gesperrt. Die Makler der billigen Arbeit nutzen die Flüchtlinge aus. Jeden Tag gehen sie dahin, um die kräftigsten Sklaven auszusuchen.

Wenn ein Flüchtling nach Griechenland kommt, muß er zwischen zwei Möglichkeiten wählen: Entweder im Konzentrationslager von Lawrion bleiben oder nach Athen gehen. In Lawrion muß er sich zum Tier transformieren. Privatleben gibt es nicht. Viele wohnen zusammen in relativ großen Zimmern mit kaputten Betten und Wänden, von denen der Putz abfällt. Weil es nicht genug Platz gibt, schlafen sie auch auf den Balkonen und in den Kammern. Sie wachen auf, weil die Klos stinken und die Badezimmer überlaufen. Das Essen ist wenig und schlimmer als das von Gefangenen: Bohnensuppe ohne Bohnen und Kartoffelbrot, einmal pro Woche Hähnchen. Das Eßzimmer sieht nicht viel besser aus, mit Tischen und Stühlen aus einem Kindergarten. Es gibt keinen Freizeitraum, keinen Fernseher, nichts, womit die Leute sich beschäftigen können.

Das allerschlimmste ist die Situation der Kinder, die ein großer Teil der Einwohner des Lagers sind. Kinder, die ohne Schule aufwachsen, ohne das ihren Bedürfnissen entsprechende Essen, ohne Spielzeug, ohne Spiel- und Schlafplätze, oft schlafen sie auf dem Fußboden zwischen älteren Menschen. Wie sollen sie für eine Minute nachdenken? Was für eine Zukunft und welche Möglichkeiten werden diesen Kindern geboten?

Um ein Gesamtbild zu haben, müssen wir neben diesen unerfreulichen Lebensbedingungen zusätzlich die Ghettoisierung sehen, weil die griechische Gesellschaft von Lawrion ihre ganz eigenen Probleme hat (Lawrion ist von Arbeitslosigkeit stark betroffen. Die Bevölkerung von Lawrion ist am Hungern, weil es für die dortigen 60% Arbeitslosen keine Sozialunterstützung mehr gibt. Sie bekommen vom Staat einmal pro Tag Essen).

Der erste Kontakt mit der griechischen Gesellschaft bringt Enttäuschung und Sackgassengefühle. Was tun? Falls sie sich entscheiden, den zweiten Weg zu gehen, der ihnen angeboten wird, sind die Sachen noch schwerer:

Das erste große Problem ist die Sprache, das zweite die Ausbeutung durch die Bosse, und das schlimmste ist, daß sie ihre Aufenthaltsgenehmigung in Lawrion abgeben mußten, um in Athen oder irgendwo anders zu arbeiten. Lawrion ist schlecht, aber es bietet wenigstens eine minimale Absicherung.

Die meisten, die in Athen leben, arbeiten schwarz, weil es schwer ist und ziemlich lange dauert, eine Arbeitserlaubnis zu bekommen. In dem Moment, wo sie die Arbeitserlaubnis in den Händen halten, ist sie schon abgelaufen!

An diesem Punkt müssen wir uns die Widersprüche in den Zielen und der Politik der Gewerkschaften ansehen, die statt internationalistisch, sich total chauvinistisch verhalten. Sie verjagen Flüchtlinge, die keine Arbeitserlaubnis haben, obwohl sie sehr gut wissen, wie schwer es ist, eine zu bekommen: Sie unterstützen die kapitalistischen Interessen, ohne sich für die Lebensbedingungen der Genossen ArbeiterInnen zu interessieren.

Die Flüchtlinge können nicht leben, ohne zu arbeiten, aber das reicht nicht zum Leben. Das Thema Arbeit ist ein großes Problem, und daraus folgen alle anderen Probleme. Sie können nicht in einer richtigen Wohnung wohnen, sich richtig kleiden, richtig essen, sich richtig unterhalten. Ihr Haupttreffpunkt ist der Exarchiaplatz, wo sie stundenlang in traurigen Cafés sitzen bei einem Kaffee oder ein paar Bieren, falls sie sich das leisten können. Sie spielen entweder Karten oder Tavla, oder sie diskutieren über Themen, die in der Vergangenheit lebenswichtig waren. Jetzt ist alles veraltet und geschmacklos. Ihre Lippen bewegen sich, als ob sie einen Kaugummi im Mund hätten, der nicht mehr süß ist. Dieses Geschwätz ist alles, was von ihrem früheren politischen Leben übriggeblieben ist, das jetzt hier in Griechenland total desorientiert wird.

Es ist kaum möglich, zwischen Griechen und Flüchtlingen gute Freundeskreise zu schaffen. Weil die meisten Flüchtlinge Männer sind, gibt es auch die Frage der Kontakte zu Frauen. Die meisten Frauen, deren Bekanntschaft die Flüchtlinge machen, sind entweder Kneipenprostituierte, falls sie sich das leisten können, oder Frauen, die sich selbst den Flüchtlingen nähern. Das sind oftmals Frauen mit vielen Komplexen, mit irgendwelchen körperlichen, psychischen, intellektuellen Problemen. Da sie ihre Bedürfnisse mit Griechen nicht erfüllen können, suchen sie eine Lösung innerhalb der Flüchtlingskreise. Die Flüchtlinge können nicht selbst entscheiden. Sie müssen entweder mit allen möglichen Leuten umgehen, die sie sich nicht aussuchen können, oder unter sich bleiben. Ihr Leben ist ziemlich schwer, weil sie Männer sind, sie brauchen unbedingt den Umgang mit Frauen, auch wenn diese, statt ihnen zu helfen, ihnen zusätzliche Probleme bieten. Sie fühlen sich einsam und verlassen, ihnen fehlen ihre Verwandten, ihre Familie. Sie sind Menschen ohne Wurzeln, psychisch instabil, halb in Griechenland und halb in der Türkei.

Sie haben keine Hoffnungen mehr auf eine Verbesserung in der Türkei, ihre Aussichten auf ein besseres Leben in Griechenland sind düster, die Zukunft ist unvorstellbar. Solange sie weiter arbeiten können, auch unter diesen Zuständen von Verfolgung und Ausbeutung, ist es relativ gut. Wenn die Zeit abgelaufen ist, was sollen sie dann machen? Die medizinische Versorgung ist furchtbar. Das allerschlimmste ist, daß die existierenden Bedingungen die Flüchtlinge verpflichten, zu Lügnern und Dieben zu werden. Jawohl, das auch. Sie werden langweilig gut organisierte Roboter. Die Notwendigkeit, sich die notwendigen materiellen Waren zu verschaffen, läßt ihnen keine Zeit und keine Energie, kreativ zu werden.

Der Reisepaß, den der griechische Staat ihnen gibt, ist nutzlos, weil sie damit nirgendwohin reisen dürfen. Deswegen müssen sie falsche Pässe kaufen und fallen damit in die Hände der

Mafias. Ihre Arbeit entspricht nicht ihren Qualifikationen. Menschen mit Studienabschluß müssen als Putzkräfte, Kellner, Bauarbeiter arbeiten, immer mit zu wenig Geld, ungarantiert und prekär.

Natürlich sind die Flüchtlinge teilweise auch selbst schuld an all diesem, weil sie nicht organisiert und ohne eine richtige politische Linie nach Griechenland gekommen sind. Ihre politische Organisation hat sie nicht auf ihre Aufenthaltsbedingungen vorbereitet und sie entsprechend versorgt. Sie hatten keine Lebenserfahrung als Flüchtlinge und fanden sich unvorbereitet, diesem Phänomen zu begegnen. Außerdem verstanden sie Griechenland als Zwischenstation nach Europa, sie erwarteten, daß die Militärs in der Türkei schnell wieder von der Macht verschwänden. Sie sind total selbst schuld, weil sie keine Art entdeckten, die politischen von Gelegenheitsflüchtlingen zu trennen.

Die Lösung ist die Beseitigung des Chauvinismus durch beiderseitige und ernsthafte Kontakte. Wir brauchen warme Kontakte von beiden Seiten. JedeR muß seine Fehler sehen, seine Selbstkritik üben und wirklich versuchen, alles zu korrigieren. Die Situation war schon schwer. Die Rückkehr der Rechtskonservativen an die Regierung hat alles schlimmer gemacht. Die bürgerliche Klasse ist international; die Arbeiterklasse muß, um dem zu begegnen, auch international werden. Die aktive Beteiligung der Flüchtlinge am politischen Leben Griechenlands an der Seite der griechischen Arbeiter und gemeinsame Kämpfe sind notwendig für die Verwirklichung des Kommunismus.« ●

Rostock-Licht

»Hier gibt es ni

Wir waren im letzten Jahr schon ein paarmal in Rostock gewesen. Von daher wußten wir auch, daß es dort (bisher?) kaum organisierte Faschos gibt. Als wir von den Krawallen vor der ZASt hörten, war unser erster Gedanke, daß das möglicherweise zusammenhängt: Abwicklung der Werften – desolate soziale Situation in den Neubauvierteln – die organisierten Faschos relativ schwach – die Krawalle »von außen« gelenkt? Wir sind seither wiederholt in Rostock gewesen und haben versucht, mit Leuten zu reden, die uns darüber Auskunft geben könnten. Es ist nach wie vor ziemlich undurchschaubar. Am ehesten läßt sich noch das staatliche Hochkochen und Benutzen der Krawalle rekonstruieren. Viel schwieriger ist es, »von unten« einen Überblick über die Situation zu kriegen: Rostock und die Neubauviertel sind zwei völlig getrennte Realitäten. Zwar kommen fast alle RostockerInnen von dort, aber sie sind von dort abgehauen und wollen nichts mehr damit zu tun haben. Sie wissen nicht mal, wieviel Miete ihre Eltern inzwischen zahlen müssen. Wir können also nur versuchen, die Realität aus mehreren Brocken zusammenzusetzen:

- eine Chronologie, aus der wir alle Gerüchte und Vermutungen entfernt haben (man beachte, wie wenig dann übrig bleibt! Eine ganz ähnliche Erfahrung macht man übrigens beim Betrachten von ner knappen halben Stunde ungeschnittenem Videomaterial über die Angriffe auf die ZASt in Rostock ...)

- ein Gespräch mit einer Sozialarbeiterin

- ein Gespräch mit einem Anwohner

- die Erfahrungen eines Hamburger Hafenarbeiters

(wobei die »Gespräche« natürlich zusammengesetzt sind aus echten Gesprächssituationen, die auf mehrere Gespräche verteilt waren, späteren Zusatzinformationen der GesprächspartnerInnen, plus einigen Infos aus anderen Quellen)

tenhagen

chts ...«

»Es fließen jetzt jede Menge Gelder ...«

– Gespräch mit einer Sozialarbeiterin –

(...) Es gibt drei Lager in unmittelbarer Umgebung von Rostock: In Gelbensande sind jetzt nur Zigeuner. Das ist auch zentraler Treffpunkt für alle Zigeuner aus dem norddeutschen Raum. Bis vor einem Jahr lebte dort auch eine Häuptlingsfrau, zu ihrer Beerdigung kamen sie von überall her. Das Grab befindet sich auf dem örtlichen Friedhof, der Grabstein ist inzwischen mehrmals umgestoßen worden. Es leben nun also 160 Zigeuner in Schwarzenforst, 100 in Gelbensande, das zwei Kilometer entfernt liegt. Von dort aus nach Hinrichshagen, wo sie jetzt die ZASt hin verlegt haben, sind es Luftlinie nicht mal 10 km. Dorthin sollen 600 oder 1000 kommen. Die Leute gehen tagsüber nach Rostock zu Fuß die Landstraße entlang, das sind etwa 15-20 km. Die Sinti und Roma betteln und klauen hier und das ärgert die Leute. Die Aggressivität ist dermaßen hoch im Moment, daß ich nicht beobachten kann, daß irgendjemand Geld gibt, sondern daß sie geschlagen werden oder angebrüllt werden: alte Schlampe, geh doch nach Hause. Wenn ich als Deutsche weiß, es gibt ein Wort in der Zigeunersprache, das wir mit »beschaffen« übersetzen, und das schließt ein: kaufen, betteln und klauen. Wenn ich das weiß, muß ich mich nicht wundern, wenn sie auf dem Boulevard sitzen und betteln oder in der Boutique klauen. Warum sollen sie sich hier anders verhalten?

Die in Gelbensande gehen inzwischen, wenn sie Besuch kriegen, zusammen in die Kaufhalle und achten drauf, daß nicht geklaut wird, in der Art: das hier ist unser Nest, das darfst du nicht beschmutzen.

Die ZASt wurde in Lichtenhagen eingerichtet, weil sie nichts anderes hatten. Zuerst wurde das Haus vollgemacht, wo auch schon immer Ausländer drin gewohnt haben seit Jahren. Früher waren es eben die Vietnamesen, die inzwischen schon Privatwohnungen haben. Und nun war das Haus voll und ziemlich viele wurden abgewiesen und die haben seit Mai auf dem Rasen davor gelagert, so richtig gelebt mit allem, was dazu gehört, und es wurden immer mehr. Zum Schluß waren es 150. Und die Lichtenhägener sagen: Wir werden belästigt. Sie unterscheiden aber nicht zwischen Anblick und Tat. Die meisten störte, daß es da so aussieht, so dreckig. daß sie auf den Rasen scheißen oder in den Hausflur, wo die Deutschen gewohnt haben im gleichen Haus. Das ist unangenehm, aber es ist auch keiner auf die Idee gekommen, ein Chemieklo hinzustellen. Oder daß sie auf dem Rasen liegen am hellichten Tag und sich lieben: Das kann man den Kindern nicht zumuten. Oder daß Mädchen belästigt wer-

den. Und es wurde immer gesagt, wir wollen was machen. Sie haben Tausende von Eingaben geschrieben, doch der Senat hat gesagt, dafür sind nicht wir zuständig, das ist die Landesregierung. Dann haben sie donnerstags bekanntgemacht in den Norddeutschen Neuesten Nachrichten, daß am Sonnabend nachmittag sich die Einwohner von Lichtenhagen treffen, um zu bekunden, daß sich da was ändern muß. In ner Reportage hat ne Frau gesagt: Was wir wollten, war eine friedliche Demo, nachdem die ganzen Briefe nicht beantwortet wurden.

Am Sonnabend waren 60 Polizisten da, aber das waren zuwenig, so daß die sich zurückgezogen haben. Sonntag ging das weiter, da ist Verstärkung gekommen aus Bayern, aus Norddeutschland und Berlin. Und das hat die kids auch geärgert, daß da sogar die Bayern angerückt sind und was die Berliner hier wollen, ob unsere Bullen das nicht hinkriegen. Der BGS, die sind wirklich in Kolonnen gekommen, die waren kaum zu übersehen. Die Straßen waren zu. Immer 25 Autos, vollbesetzt. Am Sonntag und am Montag. Montags war's am schlimmsten, da haben die bis um 3 Uhr noch gekämpft. Nachmittags war's ruhig und da waren die Bullen alle da. Und als es abends losging gegen 9 haben die sich zurückgezogen. Die haben gesagt, sie müßten sich zurückziehen, damit sie neue Leute einsetzen können. In dieser Zeit brannte dann das Haus und die Feuerwehr konnte nichts machen. Die kids hatten das Gefühl, daß sie die Bullen besiegt hatten. Schon Montag nachmittag waren alle Flüchtlinge weg, da ging's dann nur noch um Randale. Da war das Problem mit den Zigeunern auf dem Rasen längst vergessen.

Die kids haben mir erzählt, sie wären am Wochenende mit ihren Eltern dort gewesen. Ich habe am Montag selber kids rumstehen gesehen, die über Walkie Talkie mit ihrer Mutter gesprochen haben, erzählt haben, was sie gerade machen, wie es gerade aussieht. In der Konfirmandengruppe haben sie mir erzählt, daß ihre Eltern auch finden: dieser Abschaum muß raus, und das finden sie auch. Das haben die Mädchen erzählt. Die Jungs waren angeblich nicht da. Ein Junge fand es total geil und hat mich gefragt, ob ich auch dabei gewesen sei und Steine geschmissen habe. Einmal hatten sie mich gefragt, ob die Jungs das nächste Mal ihre Grundausrüstung an Verteidigungswaffen mitbringen dürften, wenn wir schon über Gewalt sprechen. Während der Stunde sollten sie dann ihre Phantasien beschreiben, wann sie diese Waffen anwenden, und das waren alles Verteidigungssituationen. Ich hab diesmal also gefragt, gegen wen sie sich in Lichtenhagen denn verteidigt hätten, warum sie Steine geschmissen hätten. Da sagten sie, das waren Steine, keine Waffen, und die Situation sei so schlimm gewesen, daß sie sich verteidigen mußten, und eigentlich sei es schade, daß die Woche vorbei ist. Aber die Bullen hätten gut einen auf die Mütze gekriegt.

Dann haben sie Randale gegen die Bullen gemacht?

Ja, jede Nacht waren über hundert Polizisten verletzt. Wenn ein Bulle alleine stand, haben zehn Leute draufgeprügelt. Dienstag nochmal. Mittwochs war's schon wesentlich ruhiger. Dienstag war ne Demo der Gewerkschaft, da waren 200 Leute auf dem Marktplatz, ein paar hohle Reden, mehr war das nicht. Dienstag standen dann Leute rum mit Schildern: ich bin Rostocker und ich schäme mich dafür. Da gab es dann schon Sondersitzungen des Senats, der Gewerkschaften und im JAZ.

Am Sonnabend kam ein anonymer Anruf im Max, das ist das Jugendzentrum für die rechte Szene, wenn sie sich in Lichtenhagen beteiligen würden, könnten sie was erleben. Die sind natürlich Sonnabend losgegangen, dann wurde das Haus von den Sozialarbeitern zugemacht, weil die gesagt haben: wir haben keinen Bock auf Siegesfeiern, und als sie Montag morgen hingekommen sind, war alles ausgebrannt. Daraufhin wird angenommen, daß das die linke Szene war und die linke Szene heißt in Rostock eben JAZ. Und dann wurde ein Vergeltungsschlag gegen das JAZ geplant. Wie Räuber und Gendarm-Spiel bei kleinen Kindern... Aber man kann auch nicht zu den Aktionen sagen: das ist jetzt ne Jugendlaune. Die kids haben gezeigt, wie die Stimmung der Bevölkerung ist: Die haben geklatscht, weil sie sich das selber nicht getraut haben.

Es soll auch Fälle gegeben haben, in denen die Bullen offensichtlich daneben standen und nicht eingeschritten sind?

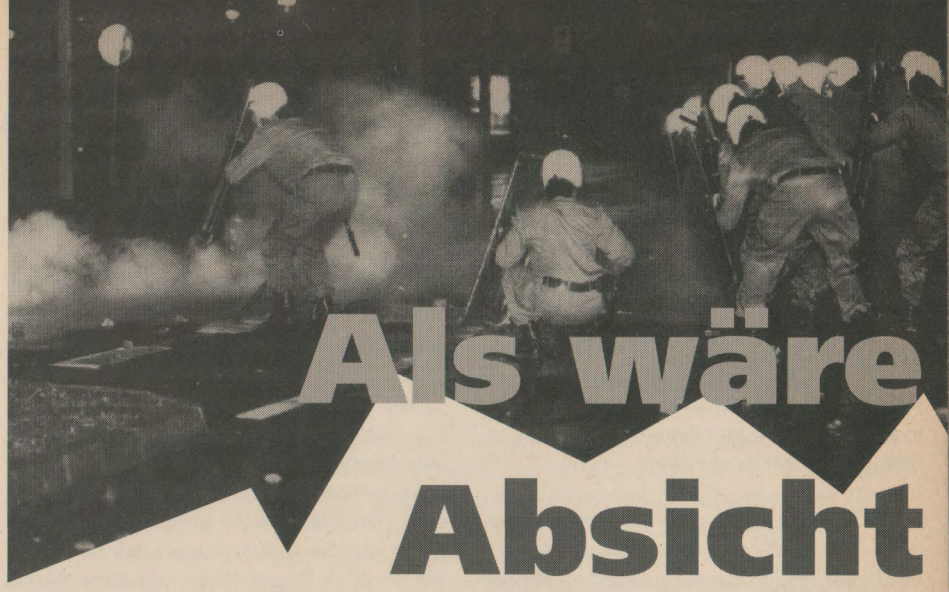
Ja, das war hier wohl in einigen Situationen so. Den härtesten Fall habe ich aber aus Neubrandenburg gehört: Dort haben Jugendliche unter den Augen der Bullen einen Molli gebastelt und in ein Heim geworfen. Nur weil der Wachschutzmann den noch nicht explodierten Molli sofort zurückgeworfen hat, sind keine Menschen zuschaden gekommen. Erst dann haben die im Hintergrund bereitstehenden Bullen zugegriffen und etwa zwanzig Jugendliche verhaftet. Bis auf einen haben sie alle wieder nach Hause gelassen und drei vier Tage später haben sie sechs wegen versuchtem Totschlag in U-Haft genommen. Gegen die wird jetzt ganz hart durchgegriffen, ein Exempel statuiert. Das hängt wohl damit zusammen, daß der Staatsanwalt ein Wessi ist.

Sind die Vietnamesen besser angesehen hier?

Rostock war ja schon jahrelang ein Ort, wo viele Vietnamesen waren und die sind noch immer da. Und da ist überhaupt kein Streß. Das sind Händler auf dem Markt, Zigaretten oder Klamotten. Klar sind das für die Leute Fidschis, die auch nicht hierher gehören, aber die sind halt schon länger hier. Die sind dadurch auch eher geduldet, weil sie z.B. Zigaretten billiger verkaufen als im Laden. Die Leute machen einen Unterschied zwischen Flüchtlingen und Zigeunern.

Kennst Du das Max? Was heißt das, wenn gesagt wird: das ist die rechte Szene?

Es ist ganz offensichtlich, daß da kids hingehen, die von sich behaupten, sie sympathisieren mit denen. Das sind vielleicht 20-30 Skins, die anderen sind alle kids, 12-16jährige, ältere auch, aber vor allem die kids. Jetzt zu sagen, daß die Rechte im Vormarsch ist, aufgrund dieser Ereignisse, fände ich falsch, weil – jetzt kommt meine Theorie dazu – die 14jährigen, die in der Orientierungsphase sind, für die sind alle Werte, die sie hatten, nicht mehr da. Die Eltern sind nicht mehr die gleichen, weil sie keine Arbeit haben. Die Wohnung können sie bald nicht mehr halten. Die Schule ist ganz anders geworden. Wenn du suchst und du hast dabei Angst, dann wirst du panisch und diffus in deinem Handeln. Wie ist das: wenn du zu Hause wohnst, und du merkst, deine Eltern sind total hilflos, und du selbst kriegst es auch nicht in den Griff. Klar suchst du jemanden, der Schuld hat. Und daß Jugendlich sagen: wir brauchen Platz, und sie haben keinen, um sich auszutoben, und dann kommen irgendwelche Leute, benehmen sich hier wie Sau, und sie kriegen



Als wäre Absicht dahinter

Platz... Vor einem Jahr war in Groß-Klein ne große Diskussion mit 300 Jugendlichen, die gesagt haben: wir wollen einen Platz für uns. Es gibt keinen Platz, es gibt kein Haus, war die Antwort. Dann haben die Jugendlichen gesagt: wenn kein Haus, dann wenigstens ein Zelt. Und der einzig mögliche Platz, um das aufzustellen, wäre dann ein Naturschutzgebiet gewesen, wo seltene Pflanzen wachsen, da durften sie auch nicht hin. Da sind die natürlich pappesatt. Und wenn sie mal ne Baracke kriegen, dann wird die nach einem halben Jahr abgerissen, weil da ein Baumarkt hin soll. Versuche hat's also schon gegeben, da haben wirklich Jugendliche versucht, alleine was zu machen. Und das wurde ersatzlos abgerissen. Das waren auch nicht Jugendliche aus der rechten Szene, sondern einfach Leute, die sich nachmittags irgendwo treffen wollten.

Du hast vorhin gesagt, die kids wären alle bewaffnet und begründen das damit, daß sie sich verteidigen müßten. Gegen wen müssen die sich denn in Rostock verteidigen?

Wenn sie beleidigt werden, vielleicht sogar von Linken, oder beim Fußball. Oder im Bus macht sie einer an. Die finden das einfach geil, bewaffnet zu sein. Man kriegt das Gefühl, jeder dritte Schüler in Rostock ist bewaffnet. Bei meiner Geburtstagsparty kam einer vom JAZ und fragte erstmal, wo er die Knarre hinlegen könnte. Ein Messer hatte er natürlich auch an der Seite hängen, das wollte er aber nicht ablegen. Wenn du ins Mau gehst, in dieses Jugendclubhaus, da stehen am Eingang drei Zehnliter-Eimer voller Waffen. Die geben die alle ab und wenn die nachhause gehen, holen die sie sich wieder ab – wie ein Regenschirm. Wenn im JAZ Alarm ist, holen viele erst ihr Messer raus und wenn ich ins Kino geh, da hab ich mich oft gewundert, wieviel Leute einen Buckel haben, bis ich kapiert hab, die haben ihre Baseballschläger unter der Jacke. Es gab wirklich Zeiten, da sind in der S-Bahn-Unterführung 4 Mark Straßenzoll abkassiert worden. Wenn nicht, haben die was über die Mütze gekriegt. Und dann haben sich die Erwachsenen ne Gaspistole besorgt. Du kannst jetzt auch überall Waffen kaufen, das gab's früher gar nicht. Mich haben sie schon gefragt, ob ich lebensmüde bin, wenn ich nicht bewaffnet bin.

Was werden die kids jetzt machen, nachdem sie »gesiegt« haben – und ihre Situation trotzdem völlig gleich geblieben ist?

Das kann ich nicht voraussagen, wahrscheinlich werden sie genausowenig wie vorher machen. Aber Verantwortliche in Rostock denken jetzt, es muß was geschaffen werden. Es fließen jetzt jede Menge Gelder für die Jugendlichen. ●

Dem Verdacht, daß die »Krawalle« in Rostock von höchster Stelle politisch gewollt waren, geht die *Süddeutsche Zeitung* in einem längeren Artikel vom 21.9.92 nach. Zunächst berichtet der Ausländerbeauftragte in Rostock, der die entscheidenden Nächte selber im Wohnheim verbrachte:

»‚Wenn man sich den Einsatz heute genau ansieht und alle Faktoren berücksichtigt, muß man zu dem Schluß kamen, daß die vielen Fehler gar nicht allein Schlamperei gewesen sein können. Das sieht so aus, als wäre da Absicht dahinter gewesen.‘ ... ‚Ich habe Angst, diese Sache zu Ende zu denken. Ich drücke mich davor. Auch weil ich dann meine Tätigkeit hier in diesem öffentlichen Amt sofort aufgeben müßte.‘«

»Dieter Hempel, der neue Polizeichef von Rostock, wirkt fast schon wütend, wenn er über die vergangenen Ereignisse spricht. Auch er sagt, dieser Einsatz sei so unglaublich, so fehlerhaft gewesen, daß man kaum mehr an Schlamperei glauben könne. Was war aber dann der Grund? ‚Ich kann mich an keinen Spekulationen beteiligen‘, sagt er, ‚das ist Sache der Untersuchungsausschüsse.‘ Hempel wurde erst nach dem Skandal bestellt.« Und einer der damaligen Einsatzleiter will auf Anraten seines Anwalts nichts dazu sagen.

Dann kommen Polizisten zu Wort, die in Lichtenhagen waren: *»‚Auf diese Schläger, die einem Steine entgegenschleudern, hat man ja eine Wut. Denen will man doch zeigen, wer hier der Stärkere ist. Aber wir durften es nicht zeigen‘, sagt einer. Sie erzählen von einem Plan, der am Sonntag, dem zweiten Krawalltag, verwirklicht werden sollte. Er lief unter dem Codenamen ‚Die Sonne scheint‘. An diesem Tag seien reichlich Polizeikräfte dagewesen, ‚da hieß es, wir sollen die Randalierer einkesseln. Und die Spezialtrupps hätten dann einem nach dem anderen rausgeholt. Wenn wir so vorgegangen wären, hätten wir schon am Sonntag Ruhe gehabt‘. Sie erzählen, wie sie stundenlang darauf gewartet haben, daß über Funk das Signal ‚Die Sonne scheint‘ gegeben würde. Aber es passierte nicht.*

Dann der Skandal-Montag. Die Polizisten erzählen, daß die meisten der Kollegen der Ansicht seien, der verkorkste Einsatz sei aus irgendwelchen Gründen gewollt gewesen. ‚Warum‘, spekuliert einer, ‚weiß keiner so recht. Vielleicht sollte es einfach die große Katastrophe geben.‘ Einer sagt, wie sehr er sich gewundert habe, ‚als wir plötzlich von dem Heim weggezogen wurden‘. Ein anderer meint, schon den ganzen Tag seien so ‚merkwürdige Dinge‘ über Funk gelaufen, die keiner verstanden habe. Ein dritter, der in einer Hundertschaft nahe des Schauplatzes postiert war, weiß noch, wie alle den Kopf geschüttelt haben, als sie das brennende Haus gesehen haben, ‚aber nicht los durften. Das darf doch nicht wahr sein.‘«

Am Schluß erwähnt der Artikel noch einen vielleicht nicht untypischen Fall: *»Ende Juli hatte zum Beispiel in Dresden ein anonymer Anrufer mehrere Male über den Polizei-Notruf erklärt, er werde jetzt ‚mit einer Kalaschnikow ein Blutbad unter Ausländern‘ anrichten. Als sich durch eine Fangschaltung herausstellte, daß niemand anderes als der Kämmerer der Stadt, Günter Rühlemann, der gefährliche Anrufer war, wurde dessen Entlassung gefordert. In einer geheimen Sitzung des Hauptausschusses des Dresdner Stadtrats wurde diese Forderung jedoch abgelehnt.«* ●

Gespräch mit A., der in der Nähe der ZASt wohnt

Wer wohnt in Lichtenhagen?
Da wohnen ganz unterschiedliche Leute, Hafenarbeiter, Werftarbeiter, aber auch Leute, die früher hohe SED-Funktionäre waren, drüben gibt's so einen »Prominentenaufgang«, da wohnt auch ein Bürgermeister. Dann gibt's hier die sogenannten Würfelhäuser mit Einraumwohnungen, da wohnen die »Assis«, vor denen hat man mich gewarnt, als ich hierher kam.

Gab's diese »Assis« schon vor der Wende? Wen meint man heute damit?
Ja, aber es sind viel mehr geworden, für die war der soziale Abstieg einen Zacken schärfer, vorher hatten sie als äußere Stütze noch ihren Arbeitsplatz. Die sind aber sehr unaggressiv, betteln tut hier keiner. Die sitzen in der Gegend rum, z.B. vor der Kaufhalle oder an der S-Bahnhaltestelle, da gibt's eine Broilerbude, da sitzen sie immer und saufen und lassen ein paar Sprüche ab. Die Bude gehört einem Vietnamesen, der auch während der Randale ruhig seine Hähnchen verkauft hat.

Besetzung der Neptun-Werft in Rostock - Februar 1992
Zahme Aktionen unter gewerkschaftlicher Kontrolle

Was für ein Verhältnis haben die Vietnamesen zu der Randale, was denken sie?
Die sagen, es gilt ja nicht ihnen, sondern den Zigeunern.

Hast du mitgekriegt, was den Angriffen vorausging?
Es hatte sich ein gewisser Unmut zusammengebraut über diese »Verhaltensauffälligkeiten«, auf dem Rasen leben und so. Der Senat hatte im Sommer über eine neue »Grünanlagenverordnung« beraten, um die Roma von der Wiese zu vertreiben. In der Kaufhalle hatten sie Privatbullen angestellt, die Gesichtskontrolle gemacht haben; die haben mich mal nicht reingelassen, weil ich kein Markstück für nen Einkaufswagen hatte, »wegen der Asylanten«. Die Roma haben sich aber zurückgehalten, z.B. keine aggressive Bettelei in Lichtenhagen gemacht. Trotzdem gab es dann auch schon mal Sprüche: »da muß man mal aufräumen«, »wie das aussieht« usw.

Hast du die Angriffe direkt mitgekriegt?«
Ich war am Anfang nicht da. Als ich am Sonntagabend mit der S-Bahn nach Hause kam, waren sie schon mittendrin mit Steinewerfen. Die meisten Leute guckten allerdings von der Brücke aus zu. Ich fand, daß das wirklich Pogromcharakter hatte. Ganz viele haben erzählt, daß Faschos da organisiert mitgemischt hätten, in nem Transit ihre Kommandozentrale hatten.

Uns haben Leute erzählt, daß sie direkt in eine Verteilaktion von Mollies reingeraten sind, direkt aus dem Auto heraus unter der Brücke...
Am Montag sind mir vor allem die Kids aufgefallen, die zwischen 12 und 15, die den Bahndamm abgeräumt haben und Einkaufswagen voller Steine mitgenommen haben. Die haben echt den Haß im Gesicht gehabt und waren nicht ansprechbar. Das hat mich auch an meine eigene militante Zeit früher erinnert: den totalen Haß schieben und irgendwie loswerden wollen. Das war schon verwandt, dieses Nicht-Ansprechbare. Nachdem die Flüchtlinge weg waren, ging's nur noch gegen die Bullen. Jeden Abend, als es begann dämmrig zu werden, zog man dorthin, sowohl die Schaulustigen als auch die Kiddies, und sicher auch diese Faschotrupps. Das war ein Konglomerat von verschiedenen Sachen. Das war nicht nur von den Faschos angezettelt, da war was da. Für mich ist das nur etwas Übersteigertes von dem, was den ganzen Alltag hier zur Zeit ausmacht. Es gibt unendlich viele Geschichten, wo irgendwelche Leute völlig unkontrolliert, grenzenlos geschlagen werden. So eine »Mordlust«. Freunde von mir aus Westdeutschland sind von der Demo kommend von vier vielleicht Vierzehnjährigen erst mit Steinen beschmissen und dann mit Stangen bearbeitet worden. Sie flüchteten in eine Eisdiele. Die Bullen kamen auch auf Notruf nicht, waren dann aber auf dem Heimweg plötzlich hinter ihnen. Die greifen nicht ein. Einen jungen Umschüler sehe ich morgens immer in der Straßenbahn die »Tagebücher von Goebbels« lesen, der sieht ganz »normal« aus. Es gibt auch diese Typen, die sich unter »Oi«-Rufen an den Buden vollaufen lassen oder besoffen irgendwas blind kaputttreten.

Wieviele Leute standen rum und haben angefeuert?
Einige tausend standen rum, ein paar hundert haben geklatscht. Im Fernsehen wurde die Menge der Beteiligten sehr übertrieben. Aber es gibt ganz häufig diese ekelhafte, gedankenlose Form von Rassismus, wo Leute sich nicht festlegen, sondern so rumlavieren wie: »Ich hab' ja nichts gegen Ausländer, aber sie sollten sich wie Gäste benehmen, sollten sich anpassen...«. Die Vietnamesen haben hier ein besseres Ansehen, »die arbeiten wenigstens«. Die meisten sind Zigarettenhändler, das läuft auch ohne Streß mit den Bullen, obwohl das ja eigentlich Steuerhinterziehung ist.

Es richtet sich hauptsächlich gegen Roma...
Das ist austauschbar. Ohne Roma wären es die Vietnamesen, weil die dann eben ne Wohnung haben und ohne Probleme Geld verdienen usw..

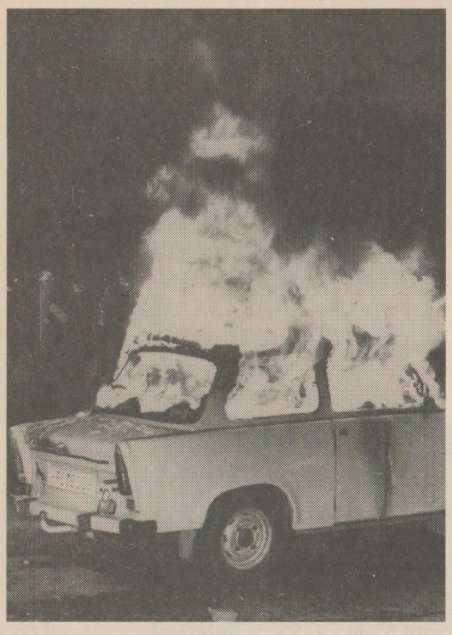
Was hältst du von der Bullenstrategie, v.a. Montag nacht?
Das kann nur Absicht gewesen sein, die haben es drauf angelegt. Sie wollten die Auseindersetzungen am Köcheln halten, um die Leute loszuwerden. Diese Randale wird von der staatlichen Politik befördert. Aber trotzdem sind die Leute natürlich verantwortlich für das, was sie da tun. Auch wenn der Staat alles tut, um diese Stimmung zu fördern mit Lagerbau etc.

Im Moment scheinen die Angriffe dem Staat sehr gut zu passen. Wenn das gleiche im Westen passiert, wie in der Schönau, wird es unterdrückt und totgeschwiegen.
In Nordrhein-Westfalen gab es mehr Anschläge als im ganzen Osten zusammengenommen. Die Bullen sind einfach nicht präsent hier. Die heimischen Bullen sind

Chronologie der Ereignisse in Rostock

Mi. 19.8. In den *Norddeutschen Neuesten Nachrichten (NNN)* wird die telefonische Ankündigung einer Aktion der anonymen »Interessengemeinschaft Lichtenhagen« veröffentlicht, es werde am Samstag eine Aktion gegen die ZASt geben.

Sa. 22.8. Nachmittags Beginn der Randale vor der ZASt in Lichtenhagen: der anwachsenden Menschenmenge stehen 35 Polizisten gegenüber.



So. 23.8. Seit dem Vormittag Auseinandersetzungen vor der ZASt, gegen 17.30 tauchen die ersten Skinheads auf, danach erscheint zum erstenmal Polizei in einer Hundertschaft. Von den 400 Versammelten agieren 100 aktiv: werfen Scheiben ein, brüllen Parolen. Kurz vor 19 h dringen Leute in die ZASt ein, treiben die Bewohner in den 2. Stock, bis sie selbst von der Polizei vertrieben werden. 60 Polizisten bilden eine Kette vor dem Haus. Zwei Angreifer werden festgenommen. Um 19.30 dringt Polizei in den 9. Stock vor und nimmt einen Vietnamesen fest, der einen Stein zurückgeworfen haben soll. Er wird später wieder freigelassen. Die Menge auf dem gesamten Gelände ist auf 2000 Menschen angewachsen. Auf der Kreuzung stehen 2 Wasserwerfer und 150 Mann BGS. Auf die Räumungsaufforderung reagiert die Menge mit Steinwürfen und Pyroschüssen. Der Wasserwerfer trifft kaum Menschen. Etwa 500 Menschen sind aktiv, werfen mit Molotow-Cocktails auch auf die Polizei. Nach 21 h setzt die Polizei zum ersten Mal Tränengas ein. Eine aus der Stadt kommende Hundertschaft Polizei rückt vor und zieht sich sofort vor der massiven Gegenwehr zurück. Der aktive Kern ist um 22 h auf 6-700 Leute angewachsen, die sich von den Zuschauern lösen und die Polizei heftig angreifen. Der NDR-Bus und mehrere PKWs sind demoliert. Mehrere Verletze, wenige Festnahmen. Nach Mitternacht Gegenoffensive der Polizei, die die Angreifer nach Groß-Klein abdrängt. Nach 1 h kommen mehrere Hundertschaften Polizei aus Hamburg dazu. Gegen 1.30 h machen etwa 120-200 AntifaschistInnen aus Rostock und anderswo eine Demo in Lichtenhagen. Als sie zu ihren Autos zurückgehen, werden 60 verhaftet, gefesselt und in eine Turnhalle gebracht, in der sie – zusammen mit verhafteten Rechten – gefangengehalten werden. Von 150 an diesem Tag Festgenommenen sind 100 AntifaschistInnen.

Mo. 24.8. Nachmittags werden die Asylbewerber aus der ZASt evakuiert und auf mehrere Heime verteilt. Ab 16 h sammeln sich Leute vor der ZASt in Lichtenhagen, die Menge schwillt auf 3-4000 an. 5 Hundertschaften Polizei, 2 Wasserwerfer. Mehrere hundert Angreifer werfen von der S-Bahn-Brücke Steine und Molotow-Cocktails auf die Polizei. Gegen 21 h zieht sich die Polizei zurück. 70 Leute dringen in die ZASt ein und zünden sie an. Die Feuerwehr wird am Löschen gehindert. 115 Vietnamesen, der Ausländerbeauftragte, das ZDF-Kamerateam und Freunde in den oberen Stockwerken können sich selbst vor dem Brand retten, indem sie eine Tür zum Dach aufbrechen. Um Mitternacht beginnen die Löscharbeiten.

Der Jugendclub Max, Treffpunkt von »rechten« Jugendlichen, brennt aus, während die Stammgäste in Lichtenhagen sind.

Di. 25.8. Ab 18 h sammelt sich eine Menge, randaliert vor dem nunmehr leeren Gebäude und kämpft mit der Polizei. Herumstehende Autos werden angezündet. Die Polizei sperrt die S-Bahn-Brücke. 3 Wasserwerfer im Einsatz. Mehrere Festnahmen. Kundgebung des DGB in der Innenstadt mit 300 TeilnehmerInnen. Das Büro der NNN wird wegen der zynischen Berichterstattung plattgemacht. Mehrere auswärtige Antifaschisten werden gefilzt und bis Sonntag in Vorbeugehaft genommen.

Mi. 26.8. Abends Demonstration in der Innenstadt unter dem Motto »Zündet Kerzen an und keine Häuser!« mit 6000 TeilnehmerInnen.

In Lichtenhagen 21 bis 2 Uhr schwere Auseinandersetzungen zwischen etwa 300 Jugendlichen und dreimal so vielen Bullen. Mehrere Autos brennen.

Do. 27.8. Bis zum frühen Morgen in der Innenstadt Angriffe von Faschos/Skins aus Autos heraus auf Linke.

Sa. 29.8. Die Demo gegen Pogrome und Rassismus in Lichtenhagen, zu der bundesweit mobilisiert wurde, beginnt mit mehrstündiger Verspätung, da die Konvois aus Hamburg und Berlin auf der Autobahn gestoppt werden. Tausende von Bullen fahren in Kolonnen nach Lichtenhagen. Die S-Bahn nach Lichtenhagen wird unterbrochen. 8 BGS-Hubschrauber landen. An der Demo nehmen 20 000 Menschen teil. ●

außerdem völlig verunsichert, weil sie immer noch als alte Vopos angesprochen werden und die Angeschissenen sind. Solche Auseinandersetzungen dienen denen natürlich dazu, die Ex-DDR repressionsmäßig auf Weltniveau anzuheben. Was die hier für die Gegendemo aufgefahren haben: Hubschrauberstaffel, wie die sich hier präsentiert haben, das war nicht mehr feierlich. Diese Erfahrung mit den Wessis, die hierherkommen, dich ausnehmen und sich groß rausmachen, gibt's überall, das spiegelt sich sogar in Schüleraufsätzen.

Es gibt hier nicht mal die minimalste Infrastruktur. Real liegt die Arbeitslosigkeit bei 50%. Wer arbeitet, geht im Schnitt mit 1000 DM nach Hause, und manche Preise liegen inzwischen sogar etwas höher als im Westen, Mieten ziehen ja auch bald auf Westniveau an. UmschülerInnen bekommen ein Unterhaltsgeld von etwa 7-800 Mark. Und dann wird den Menschen noch ständig gesagt, daß sie nicht produktiv genug seien und daß sich die ganze ökonomische und soziale Situation so schnell nicht ändern wird, Verunsicherung. Und damit machen natürlich alle Politik. Eine »Initiative Ausländerstopp« hat hier Flugblätter verteilt, die auf die Verunsicherung der Leute zielen und versuchen abzusahnen.

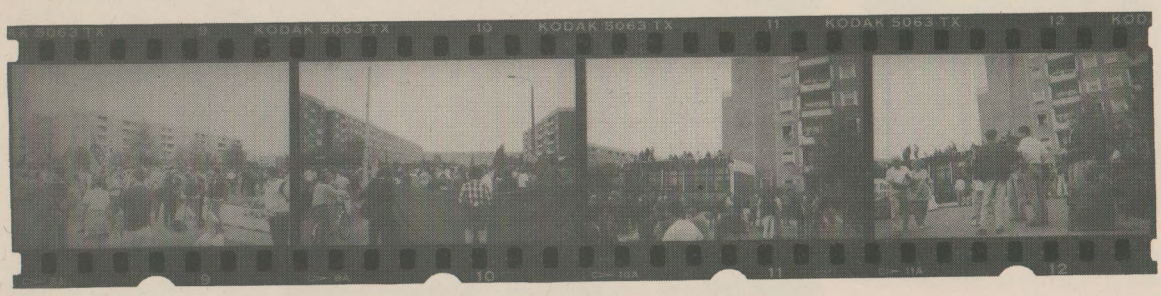
Aber viele Leute haben auf die ganze Randale auch mit: »wir haben genug jetzt, macht Schluß damit« reagiert, die waren eingeschüchtert, auch durch die ganzen Bullen und deren Ausstattung.

Die Leute hier haben einfach keine Erfahrung darin, sich durchsetzen zu müssen z.B. in der Konkurrenz um Arbeitsplätze. Viele jammern halt und kriegen selbst den Arsch nicht hoch.

Aber der Staat tut ja auch alles, um jede Initiative von den Leuten selbst abzuwürgen. Zum Beispiel soll es Initiativen von Jugendlichen gegeben haben, die Baracken besetzt haben - das wurde immer plattgemacht.

Im Kulturbereich sind sie eigentlich nur am Abbauen, wird alles gestrichen. Allen, die nach der Wende versucht haben, irgendwas rüberzuretten, wird einfach der Geldhahn abgedreht. Bleibt nur der Kommerz, aber diese Konsumwelle ist auch vorbei, die Leute haben heute kein Geld mehr zum Reisen. Es gibt wenige, die das Rennen gemacht haben, die auf höheren Posten in privatisierten GmbHs gelandet sind, die meisten werden dequalifiziert, runtergemacht.

Die Leute hier haben die Schnauze gestrichen voll von der Demokratie. Die sind nur noch am Abhetzen, sagen: das ist ja wie früher - nur daß die Strukturen damals viel durchschaubarer waren. ●



Die Situation im Rostocker Hafen

Der folgende Bericht beruht auf einem Gepräch mit einem Hamburger Hafenarbeiter, der auch mehrmals im Rostocker Hafen war. In den Häfen ist die Arbeitskraft traditionellerweise multinational zusammengesetzt. Es gab keinen Einfluß fremdenfeindlicher Strömungen, in Hamburger verprügelten Hafenarbeiter schon mal Skins, z.b. wenn die in der U-Bahn einen ausländischen Kollegen angemacht hatten. Daher hat es uns interessiert, welchen Einfluß die rechten Randalen im Hafen haben. Selbst mit dem ständigen Vorwurf konfrontiert, nicht richtig arbeiten zu können, scheinen die Arbeiter aus dem Osten jetzt in der Fremdenfeindlichkeit den Hebel gefunden zu haben, um sich als »richtige Deutsche« integrieren zu können.

Insgesamt waren im Rostocker Hafen 6000 Leute beschäftigt, davon 1800 im direkten Umschlag. Ein Großteil des früheren Umschlags ist jetzt in die Westhäfen gegangen. Von den 1800 Hafenarbeitern sind nach den Entlassungen ungefähr 500 übriggeblieben, davon sind 420 beim Gesamthafenbetrieb (GHB), der ein Arbeitskräftepool ist und die Leute weitervermittelt. Von diesen 500 sind stellenweise nur sehr wenige im Einsatz; es ist auch für sie immer sehr wenig zu tun. Das wird momentan dadurch noch aufgefangen, daß diese Leute nach Bremen, Hamburg oder in andere kleine Häfen vermittelt werden. Die Zukunft der Leute, die noch im Hafen arbeiten, ist relativ unsicher. Es gibt diverse Projekte für neue Arbeitsplätze im Hafen: ein neues Distributionszentrum, ein Güterverteilzentrum für den Osten. Sie hoffen, daß sich dadurch die Zahl der Beschäftigten stabilisieren läßt, daß sie sich noch zwei, drei Jahre über die Runden halten müssen. Aber alle haben die Kündigung im Nacken.

Direkt am Hafen wird ein großes Kraftwerk gebaut. Dahin wird ein großer Teil der Gesamthafenarbeiter vermittelt als Bauarbeiter, auch mit der Perspektive, daß sie irgendwann freiwillig in den Baufirmen anfangen. Der Gipfel davon ist, daß der GHB Rostock über eine Kieler Leihfirma diese Leute auf diese Baustelle schickt. Der Einsatz solcher Sklavenfirmen geht über die bisherige Vermittlung durch den GHB hinaus, weil er nur für den Hafenbereich geschaffen war, um irgendwelche Spitzen auszugleichen. Deshalb gibt es in allen Häfen immer diesen Pool von Hafenarbeitern. Aber in Rostock werden die Hafenarbeiter jetzt über eine andere Sklavenfirma auf die Baustelle vermittelt.

Die Stimmung

Daraus ergibt sich eine perspektivlose Stimmung für die meisten Leute. Viele sind in den Westen abgehauen, arbeiten mittlerweile in Westhäfen und verdienen dort auch sehr gut. Bei den Hafebarbeitern in Rostock gibt es zwei Gruppen, die stark hervortreten: die meistens jüngeren Leute im Hafen, die keinen Hehl aus ihre Ausländer-Raus-Position machen, wie man das hier in den Betrieben nicht gewohnt ist. Andererseits die »kritischeren«, die die Schiene drauf

haben: »Wir haben ja nichts gegen Ausländer, aber...« - daß daß die Roma zu dreckig sind, die Kubaner zu faul.

Bei Gesprächen unter den Kollegen werden die Konflikte schnell auf dieses Thema reduziert. Es wird gesagt, daß ein Großteil der Probleme mit den Ausländern zu tun hat. Im Rostocker Hafen gibt es jetzt kaum noch Ausländer. Das war früher anders.

Lichtenhagen

Früher haben die Hafen- und Werftarbeiter immer in Lichtenhagen gewohnt. Das Heim, das angegriffen wurde, war früher ein Arbeiterheim, wo Fremdarbeiter aus dem Hafen oder von der Werft gewohnt haben. Nach Aussagen der Rostocker Hafenarbeiter war dies nie ein Problem im Zusammenleben. Aber einige sagen es auch so: »Solange die Ausländer sich angepaßt haben, ging das noch«. Gekippt ist das, als die Roma dort eingezogen sind und sich einen Teil des Lebensraums dort genommen haben und nicht mehr wie die anderen relativ versteckt waren.

Betriebsratswahlen

Letzte Woche waren Betriebsratswahlen im Rostocker Hafen. Da haben erstmal ein Teil der Leute kandidiert, die den Übergangsbetriebsrat gestellt haben nach der Wende. Davon waren einige schon im alten Betriebsrat vor der Wende, kritische SED-ler und Leute, die in der Wende aktiv waren. Auf dieser ÖTV-Liste haben auch jede Menge Leute kandidiert, die ne Woche vorher erst in die ÖTV eingetreten waren, um kandidieren zu können. Wahrscheinlich war ihnen nicht klar, daß sie auch anders hätten kandidieren können. Das waren Leute, die offen ausländerfeindliche und nicht die üblichen Gewerkschaftspositionen vertreten. Das ist keine feste Gruppierung, das sind Einzelpersonen. Aber die knappe Mehrheit im Betriebsrat ist aus dieser Richtung. Die haben kein Programm vertreten, die sind mit ein paar kurzen richtungsweisenden Hinweisen, mit platten Lösungen angetreten: »Ausländer raus«, also mit Positionen, für die sie auch bekannt sind beim Kaffeeklatsch oder am Biertisch. Deshalb sind sie auch gewählt worden: Gegen Ausländer und die »roten Bazillen«, das sind alle, die was mit Gewerkschaft zu tun haben oder sich etwas kritisch mit ihnen auseinandersetzen. Die anderen zwei, drei im Betriebsrat vertreten eher die klassisch sozialdemokratische Betriebsratspolitik. Die sind jetzt in der Minderheit, stellen aber noch den Vorsitzenden und den Stellvertreter, weil die anderen von der Betriebsratsarbeit überhaupt keine Ahnung haben.

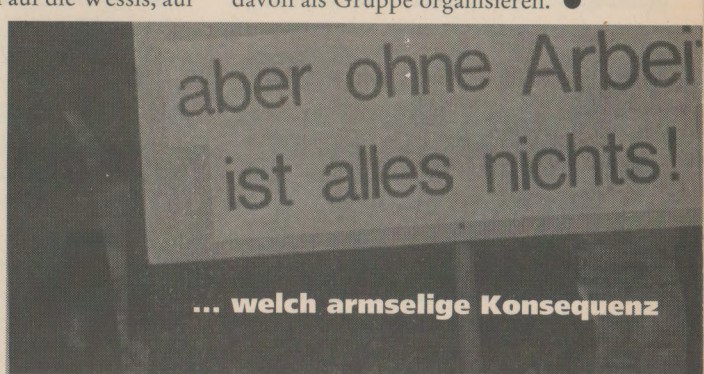
Das wäre die richtige Perspektive, aber ...

Das Klima im Hamburger Hafen

Von Rostock aus werden Arbeiter in den Hamburger Hafen vermittelt. Vor längerer Zeit sind sie für mehrere Tage am Stück vermittelt worden und wurden hier untergebracht; jetzt teilweise nur noch für eine Schicht. Die fahren morgens sehr früh los, 3-4 Stunden fahren die ja mindestens, arbeiten und fahren dann nach Hause. Das ist der Teil, der als Tagelöhner vermittelt wird. Der Großteil der Kollegen aus Rostock hat sich hier um feste Anstellung beworben und beim Gesamthafenbetrieb angefangen. Daher gibt es seit der Wende einen größeren Anteil von Ossis im Hamburger Hafen. Die ständigen Zeitungsstories über Ausländer, bieten täglich den Anlaß für ausländerfeindliche Diskussionen, die dann sehr stark von diesen Kollegen aus dem Osten in ner ganz anderen Art, ziemlich rabiat geführt werden: »Ausländer raus«, »Kanacker« usw. Das greift dann immer ziemlich schnell um sich auf die Wessis, auf die alten Strukturen. Gegen die ausländischen Kollegen, die dabeisitzen, richtet sich das nicht. Es gibt nicht unbedingt die Konfrontation innerhalb der Belegschaft zwischen Ossis und Ausländern. Nur bei den üblichen Streitereien auf der Arbeit beziehen sich die Ossis besonders darauf, daß der Kollege, mit dem sie sich gerade streiten, ein Ausländer ist und dies der Grund für den Streit sei. Bei den Wessis gehören die Ausländer schon immer dazu; im Hamburger Hafen arbeiten 26 Nationalitäten.

Im wesentlichen geht es bei den Diskussion um Asylbewerber. Ausländische Kollegen, z.B. Portugiesen, vertreten dann auch diese Schiene: Asylbewerber, Roma, das ist das Problem, da muß man härter mit verfahren, da müssen die Gesetze geändert werden. Sie bekommen mit, daß sich die Stimmung verschärft und aus dieser Situation heraus schließen sie sich der Hetze gegen Asylbewerber an. Noch vor einem Jahr organisierten linke Betriebsaktivisten im Hafen eine internationale Solidaritätsfete, heute wäre das nicht mehr denkbar.

Es gibt allerdings zur Zeit keine Kraft, die die Feindlichkeit gegenüber Ausländern in den Gremien organisiert vertreten könnte. Das solche Leute in großem Umfang wie in Rostock auf der ÖTV-Liste kandidieren, würde die ÖTV hier mit ihrem Apparat verhindern. Sie müßten sich schon unabhängig davon als Gruppe organisieren. ●



... welch armselige Konsequenz

Eisenhüttenstadt

BGS heizt Pogromstimmung an

Gleichzeitig zu den Ereignissen in Rostock wurde auch in Eisenhüttenstadt, wo sich die ZASt für das Land Brandenburg und eine BGS-Kaserne befinden, kräftig auf Randale hingearbeitet. Ende August/Anfang September muteten die Massenmedien ihren Gläubigen dann tagelang die Nachricht zu, der BGS könnte mit »20 gewaltbereiten, jugendlichen Randalierern« nicht fertig werden, so daß es immer wieder zu »ausländerfeindlichen Ausschreitungen« vor der ZASt komme. Anfang September war auch die Pressemeute weitergezogen und konnte wiederum Bilder von Bränden liefern: Jugendliche hatten einen Trabbi und ein Telefonhäuschen vor der ZASt abgefackelt.

Zentrale Beratungsstelle für Flüchtlingsarbeit in den Bundesländern Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern – Gemeinnütziger Verein -Mitgl. im Dt. Paritätischen Wohlfahrtsverband - Kto: Postgiro Berlin-West Kto-Nr: 4683 79-104 - Oranienstraße 159, 1 B'ln 61, Tel: 030/6149404

Presseerklärung v. 25.8.1992:

Pogrome in Rostock – »BGS-Manöver« in Eisenhüttenstadt

Die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl wie der Konflikt mit Anwohnern wird in Rostock wie Eisenhüttenstadt gezielt von den Behörden forciert. Dasselbe Bild: Obdachlose Flüchtlinge, weil das Land seiner Unterbringungsverpflichtung bewußt nicht nachkommt. Obdachlose Flüchtlinge, weil Asylanträge nicht entgegengenommen werden. Prügel für Flüchtlinge und gewaltsame Nötigung zur Ausreise durch den BGS in Eisenhüttenstadt, untätige Polizei und Feuerwehr in Rostock, während der kriminelle Mob das mit über 100 Menschen gefüllte Wohnhaus in Brand steckt.

Staatliche Stimmungsmache, staatliche Strategie, staatlicher Rechtsbruch in auffällig ähnlicher Weise in den beiden zentralen Anlaufstellen für Asylsuchende in Brandenburg und Mecklenburg.

Zur Situation in und um die ZASt in Eisenhüttenstadt der folgende Bericht:

BGS probt seit Donnerstag 20.8.92 neue »technische Möglichkeiten«, die der Presse noch vorgestellt werden sollen. (BGS Knorren) Donnerstag und Freitag umstellte der BGS offen die ZASt und hinderte Flüchtlinge daran, in die ZASt zu gelangen, um einen Asylantrag zu stellen. Flüchtlinge wurden als »illegale Einwanderer« behandelt und nach Polen zurückgeschoben. Sie wurden in Wannen verfrachtet und mit Handfesseln weggebracht. Wohin, wurde nicht gesagt.

Freitagnacht waren einige Leute vor Ort. Der BGS stand nicht mehr unmittelbar vor dem Heim. Die Zufahrtswege zur ZASt wurden aber vom BGS kontrolliert. So wurden wir aufgefordert, unsere Ausweise zu zeigen. Gründe für diese Maßnahme wurden uns nicht genannt. Im Laufe der Nacht sahen wir folgendes:

Der BGS versteckte sich in Büschen und hinter Mauern. Wenn sich Menschen auf die ZASt zubewegten, wurden sie angehalten. Weitergehen konnte nur, wer sich durch einen Heimausweis ausweisen konnte, andere wurden zurückgehalten.

Ein zwanzigjähriger Türke kam völlig durchnäßt vor die ZASt. Er hätte es gerade durch die Oder geschafft, die Tore der ZASt waren verschlossen. Der Wachschutz der Berliner Firma B.O.S.S., ließ den Flüchtling erst auf massive Intervention eines Berliner Abgeordneten in die ZASt. Flüchtlinge haben uns berichtet, daß dieser Wachschutz sie beschimpft (Arschloch, ihr Schweine, wir machen euch kalt) und zuschlägt.

In einem etwa 30 qm großen Raum saßen ca. 80-100 Flüchtlinge, Männer, Frauen, Kinder, zum Teil auf dem Boden und auf den Tischen. Ich war Zeugin, wie ein Mann vom Wachschutz die Flüchtlinge durch ein offen stehendes Fenster anpöbelte. Die Tür ist nämlich verschlossen. Es gab nichts zu essen oder zu trinken für die völlig erschöpften Flüchtlinge. Ein Mann hatte heftigen Schüttelfrost, ein stark geschwollenes Gesicht, er konnte vor Schmerzen kaum sprechen. Ich forderte den Wachschutz auf, einen Arzt zu holen, ein fetter Typ antwortete: »Kümmern Sie sich doch selber.« Erst als ich mit der Polizei und einer Anzeige drohte, wurde sich um den Mann gekümmert.

Flüchtlinge berichteten uns, daß sie in Guben vom BGS geschlagen wurden, ihr Gepäck wurde, wenn vorhanden, durchwühlt und ihnen abgenommen. In der Woche vom 10.8.92 soll es einen Vorfall gegeben haben, der BGS soll auf Flüchtlinge geschossen haben. (...)

Ein Deutscher, 40-50 Jahre, erzählte, daß sich die Bürger zusammengetan hätten, da immer mehr Dreck von »denen da« gemacht würde, es würden ständig Autos aufgebrochen, und er und seine Freunde müßten nun immer nachts mit dem BGS unterwegs sein, weil die Leute »einfach unter den Balkonen pennen« und »man sie vertreiben müsse«.

Frau Tanja Neumann vom Bundesamt sagte, daß die Maßnahmen des BGS Erfolg zeigten, da die Asylbewerberzahlen seit dem 19.8.92 um die Hälfte zurückgegangen seien.

Dies alles ist nichts anderes, als die Abschaffung des Asylrechtes mit polizeilichen Mitteln. Da man sich außerstande sieht, die polnische Grenze zu kontrollieren, verlegt man kurzerhand die Grenze um die ZASt Eisenhüttenstadt. Mal ganz davon abgesehen, daß man der Bevölkerung suggeriert, die Leute hielten sich hier unrechtmäßig auf. Die katastrophalen hygienischen Zustände tun ein Übriges, das Bild vom dreckigen Ausländer zu manifestieren. Pogrome in Eisenhüttenstadt werden derzeit kräftig angeheizt.

Renate Wilson

Antirassistisches Zentrum Berlin
Eisenhüttenstadt, 4.- 6.9. 1992
(Auszüge)

Der erste Eindruck: Die ZASt-Eisenhüttenstadt ist jetzt gänzlich mit Natodraht umzäunt. Vor dem Haupteingang ist Natodraht in mehreren Lagen gespannt, davor stehen ein Wasserwerfer des BGS und mehrere Mannschaftswagen. Davor ist das Lager weiträumig abgezäunt, der Eingang in diese Absperrung ist an der stadtauswärts gewandten Seite. LagerbewohnerInnen und

deren BesucherInnen müssen einen mehrere hundert Meter langen Umweg machen, um das Lager zu erreichen. Umliegende Garagen sind ebenfalls mit Natodraht bestückt. Im Lager selbst sind ständig mindestens zehn weitere Mannschaftswagen des BGS und ein weiterer Wasserwerfer. Das ganze Lager macht auf mich den Eindruck eines gut geschützten Knastes.

Was wir während unserer Anwesenheit beobachten konnten: Angeblich sind zur Zeit »nur« 600 Männer und Frauen in der ZASt. Vor den eskalierten Angriffen der letzten eineinhalb Wochen waren wohl über 2000 im Lager. Die Heimleitung der PeWoBe hat, wie uns berichtet wurde, angeordnet, die der Straße zugewandten Häuser zu räumen. Die Container im Innenhof des Lagers sind weiterhin bewohnt. Die Zimmer, die wir gesehen haben, waren mit 10 Leuten bewohnt. Die Flüchtlinge werden z.Z. sehr schnell verteilt. Sie bleiben zwei Tage bis höchstens eine Woche in der ZASt. Die Transferbusse stehen dann im nunmehr Natodraht-umzäunten Innenhof der ZASt inmitten von BGS-Mannschaftswagen. In dieser Atmosphäre, die eher an Gefangenentransporte erinnert, werden die Flüchtlinge auf andere Lager verteilt. Vor rassistischen Angriffen geflohene Flüchtlinge werden anscheinend nur aufgenommen, wenn behördlicherseits offiziell eine Neuverteilung angeordnet wird. Ansonsten müssen die »Doppelflüchtlinge« draußen vor den Bullenabsperrungen bleiben, auch jetzt, wo allnächtlich Angriffe laufen. Die Zusammenarbeit von B.O.S.S., dem privaten Wachschutz in der ZASt (mit Sitz in Berlin, der Geschäftsführer ist ein gewisser Flagmaier) und dem BGS läuft hervorragend. Wir konnten beobachten, daß BGS dem B.O.S.S.-Personal sofort zur Seite stand, als es während der Essensverteilung Streit zwischen Wachschutz und einer Gruppe von Flüchtlingen gab. BGS geht im Lager in den Wohnräumen der Flüchtlinge ein und aus. BGS kontrolliert vor den Absperrungen vor der ZASt Flüchtlinge nach ihren Lagerausweisen. BesucherInnen für die Flüchtlinge werden möglichst schon an den BGS Absperrungen zurückgewiesen, notfalls mit Lügen, wie: »Die Person ist nie im Lager gewesen« oder: »sie ist schon längst verteilt worden«. Falls BesucherInnen durchgelassen werden, sind sie, sobald sie die Zimmer verlassen, ständiger Kontrolle und Bedrohung des Wachschutzes ausgesetzt. Mit dem Hinweis auf die allnächtlichen Angriffe gegen das Lager bleiben den Flüchtlingen selbst im Lager kaum noch Bewegungsmöglichkeiten.

Seit eineinhalb Wochen gibt es allnächtlich Angriffe gegen das Lager. Zumeist sind Jugendliche unter zwanzig Jahren daran beteiligt. Wir haben aber auch viele Ältere, als wohlwollende Masse, gesehen. Viele sagen, daß die Jungen die »Drecksarbeit für die Alten machen«. Die Stimmung in der Stadt ist äußerst feindlich und gereizt. Uns wurde z.B. auch ständig der Finger gezeigt. In Parolen und großkotzigem Gerede wird das erklärte Ziel verkündet. »Die ZASt ist eine Sauerei in Eisenhüttenstadt und muß weg«. Die Begründungen dafür sind die angeblich vollgekackten Rosenrabatte, der unerträgliche Lärmpegel in und um das Lager und die vielen Diebstähle. Durch die entwürdigenden Leibesvisitationen der Frauen in der Kaufhalle wissen die Eisenhüttenstädter auch zu berichten, wie einfach die Romafrauen ihren Dreck in die Rosenbeete fallenlassen können. Sie haben unter ihren Röcken keine Hosen an. Wenn über die vielen Diebstähle berichtet wird, können wir nur an den Winter 89/90 erinnern, als ab Anfang November z.B. in Berlin die Diebstahlrate rasant in die Höhe schnellte und überall in den Kaufhäusern eine Unmenge an zusätzlichem Wachpersonal eingestellt wurde. ... ●

Autobahnblockade von EKO-Arbeitern aus Eisenhüttenstadt am 27. Februar 1992

Von Wildcat fuhren dann am 10. September vier Leute nach Eisenhüttenstadt, eine Frau und drei Männer. Die obigen Berichte kannten wir schon, wir hatten von den Autorinnen auch verschiedene Adressen bekommen. Wir haben versucht, die Jugendlichen zu finden, bzw. was über sie in Erfahrung zu bringen.

Vorweg ein paar Daten zu Eisenhüttenstadt:

Eisenhüttenstadt wurde vor 25 Jahren als Schwerindustriezentrale aus dem Boden gestampft (günstige geographische Lage und Verkehrsanbindung zum Stahlexport in die Sowjetunion). In der Propaganda »die erste sozialistische Stadt auf deutschem Boden«. Es hat heute ungefähr 52 000 Einwohner, davon sind ca. 12 000 Jugendliche zwischen 16 und 27 Jahren. Der OB ist CDU, die restlichen Stadtbürgermeister sind SPD, es gibt eine starke PDS-Opposition. Der größte Arbeitgeber ist das EKO-Stahlwerk, das von Krupp aufgekauft werden soll. Hier arbeiteten vor der Wende ca. 11 000 Leute (Spitzenzahl 13 000), Anfang 92 waren es noch 7700, im Moment sind es mit allen Auffangbecken (Umschulung, Frührente etc.) noch 6000 (real arbeiten 4500), bis Anfang 94 soll laut einer Protokollnotiz von Verhandlungen zwischen Krupp, EKO, IG Metall und dem BR von EKO »ein Mitarbeiterstand von 3000« erreicht sein (1000 polnische Wochenendpendler und ein paar hundert Vietnamesen, die im Werk gearbeitet haben, wurden mit als erste rausgeworfen).

Im Moment ist die offizielle Arbeitslosigkeit noch recht niedrig, sie beträgt 7%. Allerdings befinden sich sehr viele Leute in Umschulungen, von denen ziemlich offensichtlich ist, daß sie mit der erworbenen Qualifikation nachher nichts anfangen können. Ein paar Geschäfte haben aufgemacht, die wenige und schlecht bezahlte Arbeitsplätze bieten (Verkauf, Lager etc.). In Zukunft wird der Dienstleistungssektor eine wesentlich größere Rolle als bisher spielen. Jetzt können sich die ArbeiterInnen bei Aldi, im Baumarkt usw. schon mal an das niedrigere Lohnniveau gewöhnen.

Ein Teil der Asylbewerber wurde in der Zwischenzeit verlegt, so daß momentan ca. 800 im Lager kaserniert sind, in den letzten Monaten (das Lager wurde Anfang 1991 aufgemacht und ist konzipiert für 600 Menschen) waren bis zu 2000 Leute (zum Teil in Zelten auf der Wiese vor dem Lager) untergebracht. Täglich kommen bis zu 300 Leute über die Grenze, hauptsächlich Roma und andere aus Rumänien und Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Nach den Ausschreitungen hat sich eine »Bürgerinitiative gegen Gewalt« gegründet, die Mahnwachen vor dem Lager organisiert und die Politiker in die Verantwortung ziehen will (es gibt auch eine »Initiative gegen die ZASt«, von denen haben wir aber n ichts mitgekriegt).

In der ganzen Stadt gibt es zwei offizielle Treffpunkte für Jugendliche, ein Café in der Kirche, die in der Nähe der ZASt liegt (»Arche Noah«, hier sollen sich auch Asylbewerber treffen, ist aber nicht immer

geöffnet, wir haben es jedenfalls verschlossen gefunden und auch niemand auftreiben können) und ein Jugendzentrum in freier Trägerschaft (Trockendock, bis Herbst 1991 kommunal verwaltet, jetzt unter dem Dach des Internationalen Bundes für Sozialarbeit). Die Punks haben einen eigenen Treffpunkt in einer Oberschule in der Altstadt. Andere Jugendliche treffen sich auf der Straße, auf Spielplätzen, haben sich Keller von leerstehenden Häusern hergerichtet, Bauwagen ausgebaut usw.

Am meisten Brauchbares haben wir im Trockendock erfahren. Laut Auskunft der gerade Anwesenden treffen sich in diesem Jugendzentrum »Rechte, Linke und Ausländer« bei verschiedenen Aktivitäten wie Disco, Mittagessen, Sport, Nationalitätenabende (für den IB müssen die Angebote wohl auch international sein). Auch hier erklärten uns Sozialarbeiterinnen, »rechts« und »links« sei für die Jugendlichen nichts Gefestigtes, die würden sich so bezeichnen, wären aber nicht ideologisch und würden auch relativ häufig die Identität wechseln. Anscheinend wird das JuZe stark frequentiert, vertreten sind vor allem Kinder und Jugendliche über 16, die 13-16jährigen treffen sich weder hier noch in Clubs o.ä., die wären nur auf der Straße. Die Jugendlichen der verschiedenen Richtungen »lieben sich nicht«, aber sie würden doch miteinander kommunizieren, »beim Sport ist das eh kein Problem«. Die paar, die da waren, sahen »normal« aus, z.T. lange, z.T. sehr kurze Haare, mit Baseballmützen; teils wavig, teils angehoolt; aber keiner skinmäßig oder mit Naziaufnähern. Wir hörten auch hier wieder, daß die meisten bewaffnet sind; ihre momentane Lieblingsbeschäftigung sei »Joy-riding«, nach einem Auswärts-Fußballspiel z.B. kämen sie mit 5 oder 6 anderen Autos zurück. Durch solche Betätigung (alle Jugendlichen würden das grad machen, nicht nur die vom Trockendock), geht natürlich die Kriminalitätsrate stark nach oben – »die Leute« würden das aber nur auf die »Asylanten« schieben. Auch hier wieder die üblichen Beschreibungen: früher, zu DDR-Zeiten, konntest du deine Wohnung unabgeschlossen lassen, heute wird überall geklaut. Die sozialen Strukturen in Eisenhüttenstadt liefen wohl viel über Garagen und ebenerdige Räume, die sich die AnwohnerInnen selber hergerichtet hatten, die offen standen und allgemeine Treffpunkte waren. Davon ist nichts mehr übrig, »heute mußt du alles verriegeln« – gerade jetzt, wo es Arbeitslose gibt, die eigentlich viel Zeit haben.

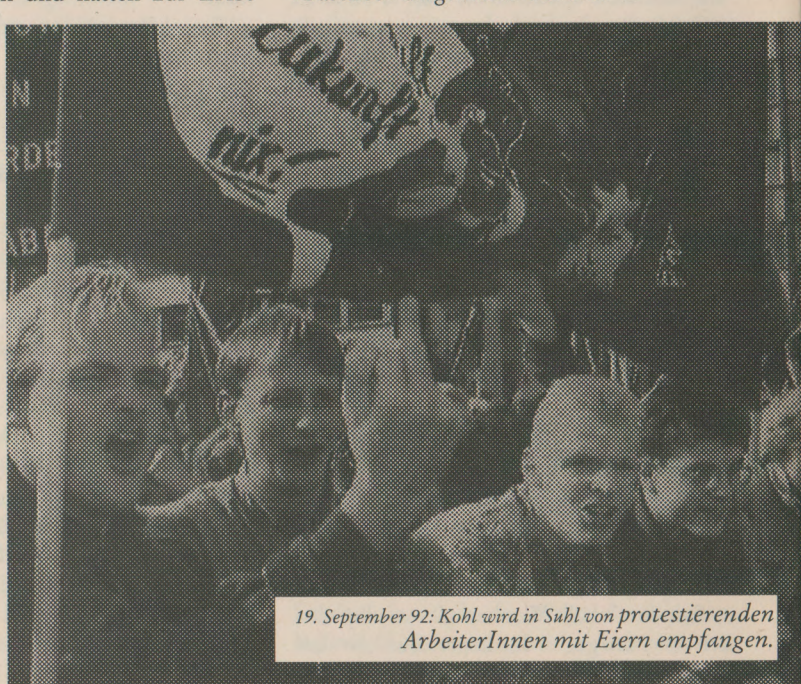
Eine Sozialarbeiterin erzählte, einige »ihrer« Jugendlichen waren bei den Randalen dabei, ein Teil davon sitzt noch im Knast (insgesamt noch 17 Jugendliche mit Tatvorwurf »schwerer Landfriedensbruch«; sie sind nach Cottbus und Luckau, also ein ganzes Stück weit weg, gebracht worden), ein verzweifeltes Elternpaar kam rein, um sich Rat zu holen, da die Bullen sie wegen den Akten hin- und hergeschickt hatten (hier erschien uns die allgemeine Theorie von den Jugendlichen, die noch keine feste Identität hätten, ganz schön widersprüchlich, als sich herausstellte, daß dieser »Junge« z.B. über 20 ist!). Es seien organisierte Faschos aus Cottbus, Hoyerswerda, Frankfurt/Oder und Guben (liegt direkt an der polnischen Grenze, sie nennen sich »Heimatfront«) gekommen und hätten zur ZASt mobilisiert.

»Ihre« Jugendlichen hätten ihr erzählt, daß sie (ihnen namentlich bekannte) Bullen verprügeln wollten (z.T. auch wegen alter Rechnungen wegen Fußballrandale und z.T. noch aus DDR-Zeiten). Nach den Ausschreitungen seien Bullen bei ihr gewesen und hätten ihr Fotoalben zur Identifizierung vorgelegt mit Bildern von Jugendlichen, die bei Fußballrandalen aufgefallen waren. Soweit sie es überblicke, seien die Fotoalben vollständig gewesen, alle »Fußballfans« seien mit Foto, Name usw. erfaßt. Ihr wäre aufgefallen, daß alle, die jetzt noch im Knast sind, unter diesen Jugendlichen waren.

Bei den Ausschreitungen (ist Bullensprache, aber ich nenne es trotzdem mal so) vor der ZASt am letzten Wochenende waren wohl jeden Abend an die 60 aktive Randalierer und ca. 1000 »Zuschauer« beteiligt.

Andererseits sei schon jetzt, wenige Tage nach den »Ausschreitungen« klar, daß Kohle für die Jugendarbeit fließen wird. »Eigentlich müßte ich meinen Jugendlichen raten, macht weiter mit der Randale, aber bringt niemand um!«

Die Punks, die wir später noch in ihrem sicheren Versteck gefunden haben, meinten, das Trockendock sei ein »Faschotreff«. Sie selber seien dort rausgeworfen worden. (Eine Sozialarbeiterin aus dem Trockendock hatte uns bereits erzählt, daß vor ein paar Monaten »linke Autonome aus Frankfurt/Oder« das Trockendock zu Kleinholz gemacht hätten. Danach hätte sie es zusammen mit den Jugendlichen in Eigenarbeit wieder ausgebaut – es sieht heute relativ schick aus -, sie hätten alles selber gemacht, gerade vor ein paar Tagen neu eröffnet, von heute aus betrachtet wäre sie den »Autonomen« dankbar, weil durch den Wiederaufbau die Jugendlichen das JuZe zu ihrem eigenen Ding gemacht hätten.) Zusammen mit den »Bluesern und den Ökos« seien sie vielleicht 40 Leute in Eisenhüttenstadt. Vor die ZASt hatten sie sich während der Randale nicht getraut, da wären sie von den »Faschos« eingemacht worden. ●



19. September 92: Kohl wird in Suhl von protestierenden ArbeiterInnen mit Eiern empfangen.

Italien

»Strategie der Spannung«

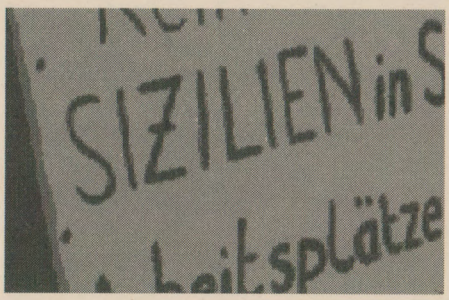
Wir wollen nochmal einen kurzen Blick nach Italien werfen. Denn hier in der BRD passieren in den letzten Wochen Dinge, wie wir sie aus Italien der 70er Jahre kennen: eine Bombe auf dem Volksfest in Hannover, eine Bombe aus gewerblichem Sprengstoff im Asylheim in Saarlouis .... das ganze getimet mit den rassistischen Ausschreitungen vor den Lagern, die wiederum inszeniert und gesteuert sind. Das sind keine Einzeltäter, aber wer steckt dahinter?

Als im Herbst 1990 die Gladio-Affäre publik wurde, war sie in der BRD gleich wieder vergessen, in Italien haben sich einige GenossInnen genauer darum gekümmert. Es kam heraus, daß die NATO in allen Mitgliedsstaaten in den 50er Jahren ein geheimes Netz aufgebaut hatte, das sich ständig für den Fall eines Staatsstreiches oder (offizielle Version) eines Angriffs durch die Sowjetunion bereithielt. Diese Netze verfügten über große Arsenale modernster Waffen genauso wie über Listen mit Tausenden von Personen, die im Fall des Notstands »unschädlich« zu machen seien. Geleitet wurden sie von NATO-Offizieren, hohen Geheimdienstmitarbeitern und Carabinieri-Generalen. Sie wurden immer wieder benutzt, um Druck auf die offizielle Politik auszuüben, wo die sich zu weit nach »links« zu öffnen drohte.

In den 70er Jahren wurde es direkt gegen eine erstarkende revolutionäre Arbeiterbewegung eingesetzt (aber auch schon Anfang der 60er Jahre wurden zum Beispiel streikende Bauarbeiter in Rom krankenhausreif geschlagen). Mehrere Massaker wurden veranstaltet, die teilweise »den Anarchisten« in die Schuhe geschoben wurden: Bomben in Demos, Anschläge auf Züge, 1980 eine Bombe im Bahnhof von Bologna mit 87 Toten.

Was die revolutionäre Linke immer vermutet hatte, wurde nun im Herbst 1990 sozusagen offiziell bestätigt: hinter diesen Anschlägen faschistischer Gruppen, hinter dieser »Strategie der Spannung« standen direkt Geheimdienste und NATO-Stellen und lenkten sie.

Es ist ziemlich offensichtlich, daß man die Affäre unter anderem deswegen auffliegen ließ, weil eine Modernisierung dieser Dienste anstand und ansteht: alte Strukturen werden verbrannt, um neue, besser funktionierende, modernere aufzubauen.



Ähnliche Motive dürften hinter der aktuellen Mafia-Kampagne stecken oder – in kleinerem Maßstab – auch hinter der »BASF-Daten-Affäre« (siehe letzte Wildcat).

Aber vorher nochmal kurz zurück in die Jahre 1977-1980. Damals hatte in Italien eine breite Jugendbewegung Kapital und Staat herausgefordert, innerhalb ganz kurzer Zeit hatte sich diese Bewegung klandestine Strukturen gegeben und sich bewaffnet. Der italienische Staat reagierte darauf mit dem »Notstand«. Die Strategie der Spannung hatte mit der Theorie der entgegengesetzten Extremismen operiert, d.h. es gab eine Linke, die gefährlich war für die Demokratie, und eine Rechte, die gleichfalls gefährlich war für die Demokratie. Das änderte sich 1977 mit dem Übergang von der Strategie der Spannung zur Politik des Notstands. Das wurde möglich durch die Entscheidung der Gewerkschaft und der KPI, sich an der Umstrukturierung der kapitalistischen Organisation Italiens zu beteiligen. Ohne ihre Kollaboration hätte diese Umstrukturierung keinen Schritt nach vorne gemacht. Sie hätte einen sehr tiefen Konflikt mit der Arbeiterklasse und auf sozialem Terrain provoziert, was sicherlich bis zu Formen von Bürgerkrieg geführt hätte. Aber der Eintritt der KPI in die Regierungslogik und die Kollaboration der Gewerkschaft an der Regierungspolitik nach 1977 unter dem Namen »Nationale Einheit« oder »Nationale Solidarität« bestimmte ein tendenzielles Abgehen von der Strategie der Spannung seitens der Parteien der Mitte, d.h. der Christdemokraten.

Eine Reihe von verdeckten Organisationen, die von den amerikanischen Geheimdiensten eingerichtet worden waren, wurden aufgedeckt, die italienischen Geheimdienste wurden zwei- oder dreimal reformiert, wechselten die Führung aus, einige wurden auch ins Gefängnis gebracht mit der Anklage »versuchter Staatsstreich«. Sie wurden enttarnt und formal von der politischen Macht zerschlagen, von der neuen Allianz, die sich formiert hatte. Es war eine Zeit des Übergangs. 1975 war die Serie der Anschläge abgebrochen, aber in dieser Zeit der Umstrukturierung melden sich die »alten Kameraden« blutig wieder zu Wort: das Massaker 1980 im Bahnhof von Bologna sollte klarmachen: »ihr könnt uns politisch zurückdrängen, aber ihr könnt uns nicht ausschalten, mit uns ist weiterhin zu rechnen!« Beinahe gleichzeitig explodierte die Bombe auf dem Münchner Oktoberfest ...

Spontane Betriebsversammlung vor dem Stahlwerk Hennigsdorf am 30. April 92

Aber zu dieser Zeit war die große Repression in Italien bereits im Gange, eine

Repression gegen die sozialen Bewegungen mit Einkerkerungsraten auf chilenischem Niveau: gegen 100 000 wurde Anklage erhoben, gegen 40 000 wurde ein Prozeß gemacht. Die Regierung übernahm nun selber, direkt die Aufgabe der Repression, auch der gewaltsamen Repression, die vorher delegiert war an dieses Spiel der Strategie der Spannung, also Übergang von der Strategie der Spannung zur Politik des Notstands. Die Politik des Notstands zog sich durch die ganzen 80er Jahre hindurch. Sie wurde zu einer Regierungsform, die immer noch in Kraft ist, die zuweilen mit Kampf gegen den Terrorismus, zuweilen mit der Wirtschaftskrise, dann wieder mit der Mafia begründet wird. Aktuell wird eine Kombination aus Wirtschaftskrise und Mafia als Begründung benutzt. Mit diesem Schema verändert sich die Staats- und Regierungsform. Die »zweite Republik«, über die seit Cossiga so viel diskutiert wird, ist nicht erst seit heute eine Gefahr, sie hat 1977 begonnen: mit der Auflösung der individuellen Gesetzesgarantien, mit der Veränderung des Arbeiterstatuts, mit dem Angriff auf die Errungenschaften des Arbeiterkampfs ... Und dieser Prozeß schreitet unaufhörlich voran. Denn die italienische kapitalistische Produktionsweise hat sich tiefgreifend verändert und sie muß sich weiter beschleunigt verändern mit dem Beitritt zum Binnenmarkt. Und wenn sich die materiellen Prozesse verändern, wird auch die Form des Staates verändert, d.h. die Gesetze, die Garantien und so weiter.

Um die eigene Fähigkeit zur Führung des Staates aufrechtzuerhalten, die in Diskussion geraten ist durch die wirtschaftlichen Prozesse, die sich nicht mehr vom Parteiensystem regieren lassen wie früher, konstruiert man heute einen neuen Notstand, der auch ein realer ist: das organisierte Verbrechen. Man schafft diese Anti-Mafia-Pools mit Sonderrichtern, deren Aktivität in radikalem Gegensatz zum Rechtssystem steht. 1981 gab es einen Spruch des Verfassungsgerichtes, der die Regierung autorisierte, außerhalb der Verfassung zu handeln, um die Demokratie zu retten. Das ist der Sinn des Notstands. Der Rechtsstaaat und alle dementsprechenden Garantien werden zu Fall gebracht. Wenn der Organismus, der Schiedsrichter sein sollte über die Legitimität der Gesetze, dies ablehnt, dann ist klar, daß wir uns im radikalsten Notstand befinden. Die »Schlacht gegen das organisierte Verbrechen« ist funktional zur Rettung des Staates und des Parteiensystems. Die jetzt ausbrechenden Kämpfe der ArbeiterInnen werden sich auch an dieser Front durchsetzen müssen – gegen die Funktionalisierungs- und Einbindungsversuche der Reformisten in einen neuen »Sozial-Notstands-Pakt«. ●

Änderung oder Abschaffung des Artikel 16 – was bedeutet das?

Die ganze Diskussion um eine Änderung oder Abschaffung des Artikel 16 des Grundgesetzes scheint zu einem rein propagandistischen Schaukampf geworden zu sein. Denn in ihren Vorschlägen für ein repressiveres Vorgehen gegen Flüchtlinge versuchen sich Befürworter und Ablehner einer Grundgesetzänderung gegenseitig zu überbieten. Da uns selbst nicht ganz klar war, was die verschiedenen Vorschläge zur Grundgesetzänderung bedeuten, haben wir eine Rechtsanwältin um Auskunft gebeten.

Bis Ende August wollte auch die CDU noch an einem individuellen Grundrecht auf Asyl festhalten. Dann wurde die Genfer Konvention als Ersatz für den Art. 16 in die Diskussion gebracht. Das individuelle Recht auf Asyl soll damit in eine nur institutionelle Garantie verwandelt werden. Verbunden mit diesem Vorschlag ist die Abschaffung der sogenannten »Rechtswegegarantie«, wie sie im Artikel 19.4 GG garantiert wird, also das Recht, Entscheidungen der Verwaltung gerichtlich überprüfen zu lasen. Mitte September erklärte Lafontaine öffentlich seine Zustimmung zu diesem Vorschlag, blieb aber mit dieser Position innerhalb der SPD relativ isoliert. Bundesinnenminister Seiters legte daraufhin einen neuen Entwurf vor, nach dem abgelehnte Asylbewerber zwar gegen Entscheidungen klagen können, in dieser Zeit aber kein Bleiberecht und kein Recht auf Sozialhilfe haben sollen. Was bedeutet die jetzt auch von Lafontaine unterstützte Abschaffung des Artikel 16, ist sie mehr als bloße Propaganda?

Die Streichung des Art. 16 kann nicht nur propagandistisch verstanden werden. Im Kern geht es um die Frage, ob die Asylbewerber überhaupt im Land sind oder nicht. Das ist das zentrale Problem. Die Anwesenheit der Flüchtlinge hier bedeutet eine finanzielle Belastung des Staates, sie kann zu Unruhe unter der Bevölkerung führen – und zwar nicht nur gegen die Flüchtlinge. Die direkte Konfrontation kann ja auch zu Solidarisierungen führen. Erst durch die Anwesenheit von Flüchtlingen entwickelt sich konkrete Unterstützung, werden z.B. die Ausländerämter jetzt durch die vielen Freunde der bosnischen Flüchtlinge unter Druck gesetzt. Das haben wir schon oft erlebt, daß es für die Ämter schwieriger wird abzuschieben, wenn sie von Deutschen unterstützt werden. Außerdem ist nicht auszuschließen, daß die Flüchtlinge selber als politisches Subjekt auftreten, wenn sie hier sind.

Wieso kann der Aufenthalt der Flüchtlinge hier mit einem Ersatz des Art. 16 durch die Genfer Konvention wirksamer verhindert werden?

Mit der Anwendung der Genfer Konvention wird das Asylrecht zu einem Gnadenakt: die Genfer Konvention enthält keinen Rechtsanspruch des einzelnen, der einklagbar wäre, sondern eben nur die »institutionelle Garantie«, d.h. die Selbstverpflichtung des Staates.

Was bedeutet das praktisch? Auch nach dem ersten Entwurf – Erhalt des individuellen rechts auf Asyl – waren Listen von Ländern vorgesehen, in denen angeblich keine Verfolgung existiert. (Mit solchen Listen soll die Schweiz in der letzten Zeit den Zustrom von AsylbewerberInnen um 50% gesenkt haben.)

Mit der neuen Fassung wäre eine ganze Reihe von weitergehenden Maßnahmen möglich und in das Belieben des »einfachen« Gesetzgebers gestellt:

- Kontingentierung von Flüchtlingen aus Verfolgerstaaten, d.h. die Verfolgung wird anerkannt, aber es wird eine Obergrenze der jährlichen Einwanderung festgesetzt.
- Zurückweisung von Leuten ohne Papiere. Das Fehlen von Papieren ist ein entscheidender Grund, warum die Forderungen nach schnellerer Abschiebung abgelehnter Asylbewerber bisher nicht umgesetzt werden können. Die Länder, in die abgeschoben werden soll, verweigern oft die Rückübernahme. Daher messen sie dem jetzt erzielten Abkommen mit Rumänien eine solche Bedeutung zu: Abschiebung auch ohne Papiere! Aber das Problem besteht nicht, wenn Leute ohne Papiere schon allein deshalb mit ihrem Antrag abgewiesen werden können.
- Die Möglichkeit, so wie in der Schweiz, jeden zurückzuweisen, der aus einem westeuropäischen Staat einreist, d.h. es ist nur noch die Einreise auf dem Luftweg möglich – oder illegal.

Hinzukommt, daß mit dem neuen Vorschlag auch der Art. 19.4 eingeschränkt werden soll. Er besagt, daß das Handeln der Verwaltung gerichtlich überprüft werden kann. Bisher wird ein großer Teil der Anerkennungen erst vor den Verwaltungsgerichten erreicht. Das Fehlen einer gerichtlichen Prüfungsinstanz wird sich auch unmittelbar auf das Verhalten der Einzelentscheider auswirken. Sie können es sich mit ihren Entscheidungen leichter machen. Das erleben wir schon heute bei den Entscheidungen, die einem Einzelrichter übertragen sind.

Als Vorteil der Genfer Konvention wird oft genannt, daß sie den Flüchtlingsbegriff weiter faßt und nur die »begründete Furcht vor Verfolgung« zur Voraussetzung der Anerkennung macht.

In der BRD ist es mittlerweile geltende Rechtsprechung, daß allein die »Furcht vor Verfolgung« kein Fluchtgrund ist; so steht es auch wörtlich zunehmend auf Ablehnungsbescheiden. Diese Auffassung hat sich in der deutschen Rechtsprechung gefestigt und es ist davon auszugehen, daß sie – auch von Seiten der Gerichte – den Wortlaut der Genfer Konvention überlagern wird. Etwas ähnliches ist bereits bei der Auslegung des 51 im neuen Ausländergesetz (er enthält den Wortlaut des Abschiebeschutzes der Genfer Konvention) durch Verwaltung und Gerichte geschehen. Auch hier wird nicht der Flüchtlingsbegriff der GK angewandt, sondern auf die Rechtsprechung zum deutschen Asylbegriff zurückgegriffen. Und die deutsche Gerichtsbarkeit kann sich dabei darauf berufen, daß auch der UNHCR sagt, die Auslegung der GK sei Sache des jeweiligen Landes.

In Ländern, in denen das Asylrecht bereits auf der Genfer Konvention beruht, ist zu beobachten, daß die Einreisemöglichkeit oft sehr viel restriktiver, die Anerkennungsquote oft aber höher ist. Obwohl diese Praxis die Möglichkeit enthält, die Zuwanderung besser zu steuern und zu kontrollieren, bzw. die Flüchtlinge in Illegale, Asylbewerber, Legale usw. aufzuspalten, muß man damit rechnen, daß in der Bundesrepublik die jeweils negativsten Ansätze der übrigen Länder übernommen werden. Dabei wird die Bundesrepublik wie in allen Rechtsfragen darauf drängen, ihre Vorstellungen zum Maßstab für die gesamte EG zu machen.

In der Diskussion um die Änderung des Art. 16 wurde von SPD und anderen vorgetragen, daß sie nicht nötig sei, wenn man nur die bisherigen gesetzlichen Möglichkeiten ausschöpfen würde. Mal abgesehen davon, daß diese Positionen im Kern genauso »rechts« sind, die Ausschöpfung

des ganzen Terrors von Lagerhaltung, Schnellrichtern, Knastandrohung usw. befürworten, wie es z.B. das neue Asylverfahrensgesetz beinhaltet, und mit der Vermeidung der GG-Änderung nur einen Schein von Liberalität wahren wollen – worin liegt der Unterschied?

Mit den bisherigen gesetzlichen Möglichkeiten kann eben die Einreise nicht so leicht verhindert werden. Seit Jahren gibt es Untersuchungen im Auftrag der Innenminister, aus denen hervorgeht, daß nur die Verhinderung der Einreise zu einer spürbaren Veränderung führt. Denn sobald jemand im Land ist, gibt es den Druck, zumindest minimalste Rechte einzuräumen.

Was aber stimmt, ist, daß das Asylverfahrensgesetz (auch Beschleunigungsgesetz genannt), das am 1.7.92 in Kraft getreten ist, nur den einen Zweck hatte, propagandistisch klarzumachen, daß an einer GG-Änderung kein Weg vorbeiführt. Zum einen stimmt es, daß politisch bewußt verhindert wurde, es überhaupt umzusetzen – Bewerber für die neu zu schaffenden Stellen wurden z.B. nicht abberufen. Aber das war schon im Gesetz angelegt. Durch seine schnelle Einführung wurde Chaos in der Verwaltung produziert. Allen Juristen und auch den Politikern war das bereits bei der Verabschiedung des Gesetzes völlig klar – und es war von der Politik gewollt. Das ist ein weiteres Indiz für das genaue »Timing« von Asyldebatte, Rostock, Parteitagen. Vielleicht werden wir in ein paar Jahrzehnten den Archiven genaueres über die Absprachen mit Geheimdiensten usw. entnehmen können ...

Wird sich denn durch die Grundgesetzänderung die weitere Einwanderung tatsächlich verhindern lassen?

Nein. Der Einwanderungsdruck ist durch rechtliche Maßnahmen nicht aufzuhalten, er wird sich nur mehr in Richtung Illegalität verschieben. Die Leute werden halt keine Asylanträge mehr stellen. In England soll es bereits ein ähnliches System geben: alle Einwanderer kommen dort zunächst in ein Quasi-Gefängnis, werden dann im Schnellverfahren überprüft, und bei Ablehnung in ihr Land zurückgeschickt. Jemand, dem im eigenen Land sofort eine Repressalie droht, kann sich daher auf dieses Lotteriespiel nicht einlassen, da er nach der Ablehnung keine Möglichkeit mehr hat, unterzutauchen oder in ein anderes Land auszureisen. ●

Interview mit Flüchtlingen aus Kremmen

Seit Freitag, den 4. September sind 120 Personen auf der Flucht vor faschistischen Überfällen auf ihr Flüchtlingsheim in Kremmen (Kreis Oranienburg). Sie wurden aus dem Heim vertrieben und ihrem Schicksal überlassen. Zehn von ihnen haben in Berlin Zuflucht gefunden. Einige AntifaschistInnen sprachen am Montag mit ihnen.

Wie ist eure Situation in dem Heim in Kremmen gewesen?

Viele von uns leben schon zwei Jahre hier. Insgesamt waren 120 Menschen aus 17 Ländern in dem Heim untergebracht. Unsere größten Probleme sind die schlechte Behandlung hier im Heim selbst und die rassistische Bedrohung von außen.

Wie wurdet ihr im Heim behandelt?

Von der verantwortlichen Sozialarbeiterin und AusländerInnenbeauftragte des Landkreis Oranienburg, Frau Schleising, werden wir sehr schlecht behandelt. Sie redet mit uns, als ob wir keine richtigen Menschen wären. Wir fühlen uns diskriminiert und schikaniert von ihr. Wir verstehen nicht, daß diese Frau mit AusländerInnen arbeitet, obwohl sie selbst rassistisch ist. Sie kann eine solche Arbeit nicht leisten! Soweit wir wissen »betreut« sie sechs Heime.

Könnt ihr uns Beispiele nennen?

Ab September sollen wir nur 100,- DM Taschengeld bekommen, anstatt 440,- DM vorher. Wir dürfen nicht mehr selbst kochen, sondern bekommen Essenspakete. Diese Essenspakete sind für viele von uns nicht eßbar, da auf die unterschiedliche Religion und Kultur der Leute keine Rücksicht genommen wird. So essen z.B. manche von uns kein Fleisch bzw. nur Fleisch von bestimmten Tiere.

Frau Schleising hat behauptet, die Essenspakete seien vom Gemeinderat angeordnet worden. Wir haben nachgeforscht und glauben, daß der Gemeinderat nichts derartiges angeordnet hat. Daraufhin hat Frau Schleising behauptet, daß die Bevölkerung von Kremmen das beschlossen hat. Wir wissen, daß das unmöglich ist. Jetzt sagt sie, es sei eine politische Entscheidung der Stadt Oranienburg.

Wir haben das Gefühl, daß sie alles hinter unserem Rücken entscheidet. Wenn wir mit ihr reden wollen, hat sie keine Zeit, obwohl das eigentlich ihre Aufgabe ist. Wir sind aus Protest gegen die Essenspakete am 2.9. in Hungerstreik getreten. Alle, auch die Kinder, weigerten sich, dieses Essen zu essen. Der Hausmeister hat dann versucht, die Kinder dazu zu zwingen, dieses Essen, welches wir ablehnen, zu essen. Wir haben dann Hilfe von zwei PastorInnen bekommen, die sich darum gekümmert haben, daß unsere Kinder anderes Essen bekommen.

Was ist dann passiert ?

Am Freitag, den 4.9., erfuhren wir, daß das Heim überfallen werden soll und wir wurden vom Hausmeister aufgefordert, das Heim zu verlassen. Alle Verantwortlichen waren verschwunden, und uns wurde nur gesagt, daß wir weg sollen, weil das Heim angegriffen wird. Wir suchten Zuflucht an unterschiedlichen Orten, so z.B. in Schwante in einer Kirche. Wir sind nach Berlin geflohen, wo wir die erste Nacht am Bahnhof verbrachten.

Wir haben Angst um unser Leben und wissen nicht, wo wir hingehen sollen. Wir wollen nicht nach Kremmen zurück, weil dort ein sehr schlechtes Klima herrscht. Alle, die Gemeinde, die Polizei, usw. sind gegen uns und behandeln uns unfreundlich. Die Polizei meinte z.B. auf eine Anfrage, warum wir im Hungerstreik sind: »Die sind eben satt«. Wir fürchten dort um unser Leben, deshalb wollen wir in ein anderes Heim, wo wir uns sicher fühlen können.

Habt ihr euch schon öfters bedroht gefühlt?

Ja. Zum Beispiel ist am 14. Juli folgendes passiert: Frau Schleising hat zu uns gesagt, daß in dem Heim eine Bombe versteckt ist. Es war ihr völlig egal, daß Kinder, alte Leute und schwangere Frauen im Heim waren. Wir wußten nicht, was wir tun sollten. Sie sagte zu uns, wir sollen unsere Türen abschließen und ins Bett gehen, dann würde nichts passieren. Wir konnten die ganze Nacht nicht schlafen. Wir glauben, daß das Absicht ist, um uns einzuschüchtern und zu terrorisieren, damit wir freiwillig dieses Land wieder verlassen. Wir protestieren gegen die Unmenschlichkeit und Unverantwortlichkeit.

Wir sind schon seit zwei Jahren rassistischen Angriffen ausgesetzt.

UNS REICHTS! ... ●

Dieser Text wurde mit Datum vom 7.9.92 verbreitet von:

*OROMO Horn von Afrika-Zentrum e.V. OROMO Horn of Africa Center Deutsch-Afrikanische Begegnungsstätte * Prinzenallee 81 * 1000 Berlin 65 * Tel.: 030/4941036 oder 4936600 * Fax: 4538678*